

Grenzfriedensbund

Anschrift: Hafendamm 15, 2390 Flensburg

Geschäftsführer: Walter Harenberg

Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr

Fernsprecher (04 61) 2 67 08,

außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 57 06

Beitrag: 12 DM für Einzelmitglieder, 25 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020 (BLZ 215 500 50)

Sparkasse NF Husum 13 862 (BLZ 217 500 00)

Postgiroamt: Hamburg 114 07-206 (BLZ 200 100 20)

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Artur Thomsen</i> Kindheit und Jugend im Zweiten Weltkrieg.....	103
<i>Klaus Bästlein</i> Die Hinrichtung des Friedrich Rainer im April 1945 auf Sylt.....	110
<i>Poul Engberg</i> Ein Europa der Völker.....	125
<i>Eckhard Bodenstein</i> Dänisch.....	140
<i>Fr. Rudbeck</i> Die Zukunft der Minderheiten.....	148
Umschau ab Seite 151	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.

Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte Hafendamm 15, 2390 Flensburg.

Verantwortlich: Artur Thomsen, Holstengang 4, 2390 Flensburg.

Druck: Schleswiger Druck- und Verlagshaus GmbH

Kindheit und Jugend im Zweiten Weltkrieg

Erinnerungen 50 Jahre danach

Im privaten Kreis und bei öffentlichen Veranstaltungen - zuletzt im November 1988 bei einer Gedenkveranstaltung des DGB an die Judenpogrome vor 50 Jahren – hat Artur Thomsen einzelne Episoden aus seiner Jugendzeit geschildert. Die schonungslose Offenheit, mit der er dies tat, rief bei den Zuhörern Respekt und Anerkennung hervor. Es wurde der Wunsch an Artur Thomsen herangetragen, seine Erinnerungen einmal zusammenfassend zu Papier zu bringen.

Der 1. September 1989 – 50 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges – dürfte ein passender Anlaß sein, diesem Wunsch zu entsprechen. Denn Artur Thomsen steht für jene Deutschen, die in ihrer Jugend durch militärischen Geist und nationalsozialistische Indoktrination geprägt wurden. Kaum den Kinderschuhen entwachsen, wurden sie zu Opfern im Zweiten Weltkrieg, vielfach freilich auch zu Tätern.

Artur Thomsens Darstellung, deren Kürze man bedauern mag, und die Abbildungen aus seinem privaten Bestand zeigen in aller Deutlichkeit, daß sich der Verfasser ohne Vorbehalte seiner Vergangenheit stellt. Auf erschütternde Weise macht er zum Beispiel deutlich, daß jene sattsam bekannte Behauptung, man habe vor 1945 von den grausamsten Verbrechen des Nationalsozialismus »nichts gewußt«, oft eine bloße Schutzbehauptung ist.

Artur Thomsen steht insofern nicht für die Mehrheit seiner Generation, die nach wie vor apologetische Tendenzen zeigt. Er hat »Erinnerungsarbeit« geleistet. Welches Organ könnte zur Publikation seines Arbeitsergebnisses geeigneter sein als die Grenzfriedenshefte! Artur Thomsen zieht hier eine ganz persönliche Konsequenz aus der Erkenntnis, die ihn als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes und nicht zuletzt als Redaktionsmitglied der Grenzfriedenshefte seit langem leitet: Friedensarbeit schließt auch die konsequente Auseinandersetzung mit den dunkelsten Kapiteln der eigenen Geschichte ein.

Jörn-Peter Leppien

Ich bin 1927 geboren, war also 5 Jahre alt, als am 30. Januar 1933 Adolf Hitler Reichskanzler wurde. 1934 kam ich in die Schule, natürlich in die dann schon sehr nationalsozialistisch geprägte schulische Erziehung. Aber das habe ich – ebenso natürlich – gar nicht gemerkt. Schule war eben so, wie ich sie erlebt habe. Das

Weltbild, das mir von Staats wegen vermittelt wurde, war von Anfang an ein nationalsozialistisches; und das war nicht – wie Ältere oder Jüngere vielleicht sagen würden - das Besondere, sondern das Normale, weil es für mich kein anderes gab. Heute, als 62jähriger, 50 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges, weiß ich natürlich wohl, in welcher besonderen historischen Situation ich aufgewachsen bin. Darum will ich einmal aufschreiben, wie ich den Krieg erlebt habe, wie er mich ausgefüllt, mein Denken beherrscht hat. Sicher sind Ungenauigkeiten dabei nicht zu vermeiden; ich schreibe, wie ich es in Erinnerung habe und nehme Erinnerungsfehler in Kauf. Es kommt mir nicht auf die historischen Fakten an, sondern auf den Jungen und Jugendlichen, der ich damals war, der in dieses Geschehen eingespannt war und dem man beigebracht hatte, es großartig zu finden, was in seiner Zeit geschah.

Am 1. September 1939 wurde ich morgens wach, weil mehrere Frauen aus dem Hause in der Lerchenstraße in unserer Wohnung mit meiner Mutter sprachen. Sie weinten und wollten uns mitteilen, was sie im Radio gehört hatten, daß nämlich der Krieg begonnen habe. Deutsche Truppen seien in Polen einmarschiert. Unsere Mutter weinte mit; denn unser Vater war wenige Tage vorher eingezogen worden. Mein Bruder Johann, 1 ½ Jahre älter, und ich waren jeden Nachmittag in der Meiereistraße vor den Toren der »Panzerkaserne« gewesen, um Vater in seiner Soldatenuniform zu sehen. Wir fanden ihn großartig und waren stolz auf ihn. Nun war er fort. Sollte er wirklich in Polen dabei sein? Das war eine fantastische Vorstellung. Wir hatten das Gefühl, der Atem der Geschichte wehe uns an. Endlich einmal passierte etwas, und zwar etwas Großes, Bedeutendes. Es gab nur einen Wermutstropfen in diesem Glück: Ich war erst 12 Jahre alt, mein Bruder erst 13! Wir waren zu jung, wir hatten keine Chance, selbst mitmachen zu dürfen. Selbst wenn dieser Krieg so lange dauern würde wie der Erste Weltkrieg, nämlich vier Jahre, würde man uns nicht mehr brauchen. Mein älterer, damals 17jähriger Bruder Jens hatte es gut, fanden wir; er hatte gute Aussicht, in diesem Krieg noch Soldat zu werden. Wir beneideten ihn um diese Chance.

In den ersten Kriegswochen wurde die Küche unserer Parterrewohnung als Luftschutzkeller für alle Hausbewohner eingerichtet, da das Haus keinen wirklichen Keller hatte. Vor dem Küchenfenster wurden ganz dicke Splitterschutzwände aus Holz montiert, die wir nun jeden Abend vor das Fenster klappen mußten, um bei einem Fliegerangriff notdürftig gegen Splitter von Granaten oder Bomben geschützt zu sein. Und wenn es Fliegeralarm gab, d. h. wenn die Sirenen heulten, mußten wir alle Hausbewohner in unserer Küche aufnehmen, bis die »Entwarnung« kam und alle wieder ihre Wohnungen aufsuchten. Das war anfangs natürlich spannend, später eher lästig, weil wir nie einen nächtlichen Angriff auf Flensburg erlebten und deshalb bei Fliegeralarm

lieber im Bett geblieben wären, zumal wir dann immer erst später in die Schule gehen mußten, was nur ein wirklicher Vorteil war, wenn man den Alarm verschlafen hatte.

Im November 1939 kam mein Vater zurück. Er hatte den »Polenfeldzug« mitgemacht und heil überstanden; in den Wochen vor seiner Entlassung hatte sein Regiment in der Eifel gelegen; aber als es im Westen ruhig blieb, traute man sich wohl, die »alten« Weltkriegssoldaten wieder zu entlassen. Vater war fast ein Kriegsheld für uns Jungen. Er hatte jedenfalls etwas Großartiges erlebt. Eine polnische Militärdecke, die er als Beutegut mitgebracht hatte, war für uns lange Zeit ein Beleg für seine Abenteuer. Ein bißchen von diesem Glanz blieb ihm, auch als er wieder ganz normal seinem alltäglichen Dienst bei der Straßenbahn nachging. Allerdings erzählte er nach unserem Geschmack zu wenig von seinen Kriegserlebnissen. Er wird gewußt haben, warum er uns so gut wie nichts verriet.

Am 9. April 1940 wurde ich wieder einmal in aller Frühe wach. Von der Harrisleer Straße ganz in unserer Nähe drang der Lärm von Kraftfahrzeugen und dem Marschschritt von Soldaten in unsere Wohnung. Die Wehrmacht schickte sich an, Dänemark zu besetzen. Die Truppen marschierten in Richtung Padborg. Wieder hatten wir das Gefühl, in einer herrlich aufregenden Zeit zu leben. An die Menschen zu denken, die Opfer dieser deutschen Agressionen wurden, erst die Polen und jetzt die Dänen und Norweger, hatten wir nicht gelernt. Der Krieg als Tummelplatz für ganze Kerle beherrschte unsere Fantasie. »Im Felde, da ist der Mann noch 'was wert, da wird ihm das Herz noch gewogen.« Verse wie dieser von 1813 prägten uns und unser Denken, ordneten die erlebte Gegenwart in die Glanzzeiten deutscher Geschichte ein.

Kein Wunder, daß wir auch im Deutschen Jungvolk, der Kinderorganisation der Hitlerjugend für 10-14jährige Jungen, immer häufiger »Geländespiele« machten, in denen wir uns mit Handgranaten aus Holz bewarfen und mit nachgemachten Maschinengewehren »beschossen«, bevor wir in einer handfesten Prügelei übereinander herfielen und dabei notgedrungen lernten, Angst und Schmerz wenigstens nicht zu zeigen. »Jungvolkjuden sind hart...«, hatten wir als 10jährige geschworen.

Irgendwann 1941 – ich war 13 Jahre alt – traf ich einen 18jährigen Mann der Waffen-SS, den ich noch von der Hitlerjugend kannte. Er hatte Heimaturlaub. Um seine Uniform beneidete ich ihn, obwohl das Totenkopf-Emblem der SS mir immer auch ein wenig unheimlich war. Nun erzählte er mir, wie er mit seinen Kameraden Dörfer und kleinere Städte in Polen »judenfrei« gemacht hatte. Die Männer hatten sie auf offene Lastwagen getrieben, ihnen unter Alleebäumen vorbereitete

Schlingen um den Hals gelegt und waren dann einfach weitergefahren, so daß die Juden in der Schlinge vom Wagen gezogen wurden. Anderen hatten sie Eierhandgranaten in die im Nacken gefalteten Hände oder in die Hosentaschen gesteckt und dann abgezogen. Die Folgen konnte ich wenigstens ahnen. Daß dieser SS-Mann, der wenig später in Rußland gefallen ist, das ganze lachend und wie einen großen Spaß erzählte, verursachte mir ein Schaudern, aber – wenn ich mir das nachträglich überlege – weniger aus Mitleid mit den Opfern. Juden, so hatten wir es gelernt, verdienten kein Mitleid; sie waren für uns so etwas wie menschliches »Ungeziefer«. Es war mehr die Frage, ob ich mich selbst in einer ähnlichen Situation wohl »bewähren« würde; ich hatte Angst zu versagen, wenn man einmal Ähnliches von mir verlangen würde. Diese Angst beflügelte mich noch 1943, als in einer großen Werbeveranstaltung in der damaligen Adolf-Hitler-Schule viele HJ-Führer aus der Umgegend bedrängt wurden, sich freiwillig für die Waffen-SS zu melden. Ich weigerte mich, nahm Beschimpfungen, ein Feigling und ein Muttersöhnchen zu sein, auf mich, weil ich fürchtete, nicht tun zu können, was ich als SS-Mann vielleicht eines Tages tun müßte. Als meine Meldung als Kriegsfreiwilliger 1944 möglich war, wählte ich als eine Art von Wiedergutmachung vor meinem eigenen Gewissen nicht eine Waffengattung, die bei Jugendlichen etwas galt, etwa die Luftwaffe, die Marine oder die Panzertruppen, sondern die Infanterie, zu der man im Normalfall sowieso eingezogen wurde. Das war so etwas wie meine persönliche Buße dafür, daß ich nicht den Schneid gehabt hatte, mich zur Waffen-SS zu melden. Und zur Infanterie kam ich später natürlich auch. Aber vorher ist noch anderes zu berichten.

1941 wurde mein ältester Bruder eingezogen. Er wurde in Dänemark ausgebildet und kam dann zum Afrika-Korps unter Generalfeldmarschall Rommel. Mit der Kapitulation des Afrika-Korps geriet er 1943 in britische Gefangenschaft in Ägypten; 1948 kehrte er heim. Ich weiß noch, wie der Ortsgruppenleiter der NSDAP uns aufsuchte um mitzuteilen, daß mein Bruder in Gefangenschaft geraten sei; ich sehe auch noch die kaum verborgene Erleichterung in den Gesichtern meiner Eltern, weil der Bruder ja damit aus der unmittelbaren Bedrohung seines Lebens an der Front heraus war.

Ich selbst machte in diesen Jahren des Krieges so etwas wie eine Karriere im Jungvolk. Mit 12 Jahren wurde ich Jungenschaftsführer; damit kommandierte ich ca. 15 Jungen, die kaum jünger waren als ich. Als 13jähriger führte ich einen Jungzug; das waren etwa 40 Jungen. 1942 war ich ein paar Monate lang als HJ-Führer in Österreich, in der damaligen »Ostmark«, und zwar mit dem Auftrag, im Rahmen der »Kinderlandverschickung« (KLV) den HJ-Dienst einer Jungenklasse aus Itzehoe zu organisieren. Mit 15 Jahren wurde ich Fähnleinführer; das bedeutete die Befehlsgewalt über ca. 160 Jungen im Alter von 10-14 Jahren. In

diesem Jahre 1943 wurden die Jungen des Jahrgangs 1926 zum Dienst als Luftwaffenhelfer eingezogen. Als mein Jahrgang 1927 dran war, wurde ich vom Flakdienst befreit, um in Flensburg einen Kriegshilfsdienst zu organisieren; dazu kamen aus allen Stadtgebieten jeden Morgen Jungen in Uniform ins »Bannhaus« An der Reitbahn 17 und nahmen von mir Hilfsaufträge entgegen für Soldatenfamilien, Kriegerwitwen, alte Leute usw., die Hilfe aller Art nötig hatten. Ich hatte »etwas zu sagen« und brauchte nicht in die Schule. Das gefiel mir an dieser Tätigkeit.

In den letzten Julitagen 1943 wurde ich zum Wehretüchtigungslager nach Gudendorf in Dithmarschen einberufen. Dort sollten wir eine vormilitärische Ausbildung erfahren. Die WE-Lager waren als Schleiflager bekannt; wir freuten uns daher nicht darauf. Aber dann kam alles ganz anders. In der Woche davor hatten Nacht für Nacht die großen Luftangriffe auf Hamburg stattgefunden. Große Teile der Stadt lagen in Schutt und Asche. Es hatte Zehntausende von Toten gegeben; und Hunderttausende waren obdachlos. Hilfskräfte wurden gebraucht. Und so wurden auch wir von Gudendorf kurzerhand nach Hamburg geschickt, um bei der Versorgung der Bevölkerung mitzuhelfen.

Wir waren in einer Baracke in der Nähe des Bismarckdenkmals untergebracht und holten täglich aus einem Zentrallager am Jungfernstieg Lebensmittel, die in einem heil gebliebenen Eckladen in einer Straße am Hafen an die Bevölkerung ausgeteilt wurden. Die Straßen waren übersät mit Trümmern. Zwischen den Resten der Häuserfassaden ragten nur die Schornsteine aus dem Schutt und schwankten manchmal im Wind. Gelegentlich flackerten die Brände erneut auf, immer dann, wenn verschüttetes Phosphor aus den Brandbomben wieder freigelegt wurde und mit der Luft in Berührung kam. Last- und Leiterwagen fuhren durch die Straßen, Männer stocherten in den Häusertrümmern und suchten nach Leichen, verbrannten Körpern, die nur noch schwarze Stümpfe waren. In der Sommerhitze breitete sich über den Trümmergrundstücken ein süßlicher Verwesungsgeruch aus. Wir Jungen taten unsere Arbeit; aber die Stadt war uns unheimlich. Die Menschen sahen grau und müde und verzweifelt aus, als läge eine Staubschicht von all den Schuttmassen auf ihren Gesichtern. Ich glaube, wir fanden es zum ersten Mal nicht mehr wunderbar, in dieser Zeit zu leben, in der so viel Außergewöhnliches geschah. Das heißt aber nicht, daß sich Zweifel einschlichen. Der sichere »Endsieg« in diesem »heroischen Schicksalskampf des deutschen Volkes« stand für uns durchaus nicht in Frage; aber wir spürten doch, daß der Weg dorthin wohl kein flotter Marsch von Sieg zu Sieg sein würde. Und das hatte Goebbels ja auch gesagt, als er ein halbes Jahr vorher – nach dem Fall Stalingrads – den »totalen Krieg« erklärt hatte. Wir hatten jetzt stärker als früher das Gefühl, für die Erringung des Sieges gebraucht zu werden. Eine wahrhaft »große« Zeit!

Im Herbst 1944 wurden Junge und Alte, die noch nicht oder nicht mehr Soldat waren, an die Westküste unseres Landesteils befohlen, um einen Panzergraben auszuheben, der eine Landung feindlicher Truppen an unserer Küste verhindern oder doch erschweren sollte. Ich war etwa vier Wochen lang dabei. Wir schliefen in irgendeinem Stall und rückten dann morgens früh zu dieser ungewohnten Arbeit mit Spitzhacke und Schaufel aus, wobei wir dauernd angetrieben wurden, weil es niemals schnell genug ging. »Friesenwall« wurde dieses Werk stolz genannt, und es sollte von Skagen bis nach Holland um die ganze Deutsche Bucht reichen.

Und dann wurde ich, nachdem ich bei der ersten Musterung zurückgestellt worden war, doch noch einberufen. Im Dezember 1944 rückte ich zum Reichsarbeitsdienst (RAD) ein, und zwar nach Hamburg. Von Arbeit war aber keine Rede. Wir wurden rein militärisch ausgebildet, damit wir von der Wehrmacht später um so schneller fronttauglich gemacht werden konnten. Außerdem wurden wir ganz fürchterlich »geschliffen«, wie man das damals nannte; d. h. man schikanierte uns auf jede Art und Weise, ordnete Strafoxerzieren für hergesuchte kleine Vergehen an und machte uns körperlich total fertig. Bei der Wehrmacht, zu der ich Anfang Februar 1945 eingezogen wurde, war es dagegen fast gemütlich.

Ja, nun war ich also doch noch Soldat geworden. Ich stellte mich in einer Kaserne in Neumünster und kam gleich nach der Einkleidung zur weiteren Ausbildung nach Holland. Meine Mutter hatte bei meinem Abschied geweint – wieder einmal, fand ich. Es war mir eher unangenehm. Mein nächstältester Bruder, der lange vor mir eingezogen worden war, kam in denselben Tagen als Fahnenjunkerunteroffizier an die Ostfront, zur »Frontbewährung«, wie man diesen Teil der Offiziersausbildung nannte. Er geriet Mitte April 1945 in Schlesien in sowjetische Kriegsgefangenschaft und starb ein Jahr später in einem Lager in Rußland. Und ich erlebte im März und April die letzten Abwehrkämpfe der Wehrmacht in Holland. Da war nichts mehr von Vormarsch und Sieg; es war nur Rückzug und Niederlage. Jeder wußte es, aber niemand sprach es aus. Wir taten dumpf und ein wenig wie betäubt, was befohlen wurde. Am Morgen des 1. Mai wurde uns in einem Bataillonsappell mitgeteilt, daß »unser geliebter Führer Adolf Hitler im heldenhaften Abwehrkampf« in Berlin gefallen und daß der Großadmiral Dönitz zu seinem Nachfolger bestimmt sei. Bald schwirrten Gerüchte herum, der Krieg im Westen werde beendet, und wir würden gemeinsam mit den Westmächten den Krieg gegen die Sowjetunion fortsetzen. Wenige Tage später, am 4. Mai, erfolgte tatsächlich die Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Norden und Westen Europas, noch nicht an der Ostfront. Aber die Engländer führten uns sofort in Gefangenenlager, entwaffneten uns vollständig und schickten nach wenigen Wochen zuerst die Land- und Bergarbeiter, dann die jugendlichen Soldaten, die noch nicht 19 Jahre alt waren, nach Hause.

So stand ich denn Ende Juni als zur Landarbeit entlassener Kriegsgefangener vor dem Landratsamt in der Waitzstraße in Flensburg. Der Krieg war für mich vorbei; alle Träume, alle Hoffnungen, alle Illusionen waren zerstoßen. Ich blieb jedoch noch lange überzeugt, für eine gute und gerechte Sache gekämpft zu haben. Woran ich so heftig geglaubt hatte, das konnte ich nicht so schnell hergeben. Erst nach und nach verdrängten und korrigierten neue Einsichten mein falsches Weltbild. Ich wurde Gewerkschafter, Sozialdemokrat, Kommunalpolitiker und begriff, daß das Recht und die Würde des Menschen vor der Staatsmacht rangiert. Damit fängt Demokratie für mich an.

Als der Krieg begann, war ich 12, als er endete, war ich 17 Jahre alt. Ich habe als Kind und Jugendlicher in diesen Jahren vieles erlebt, was die meisten meiner Altersgenossen in aller Regel auch mitmachten. Vielleicht kann ich jüngeren Menschen von heute mit meiner Geschichte ein wenig erklären, warum wir so geworden sind, wie wir ihnen heute begegnen; denn wir sind natürlich durch diese Erlebnisse und Erfahrungen für unser Leben geprägt worden. Und wir reagieren auf die Erscheinungen der Gegenwart vielleicht oft anders als Menschen, die in einer anderen Zeit aufgewachsen sind. Die Prägungen der Jugendjahre lassen sich nicht einfach löschen.

Die Hinrichtung des Friedrich Rainer im April 1945 auf Sylt

Zur Rolle der deutschen Militärjustiz im Zweiten Weltkrieg

Wenn heute von Hinrichtungen die Rede ist, dann wird meist an ferne Länder oder weit zurückliegende Zeiten gedacht. Und so ist auch im Landesteil Schleswig weitgehend unbekannt, daß die Vollstreckung von Todesurteilen hier noch vor 45 Jahren an der Tagesordnung war. Das gilt ebenfalls für die Insel Sylt, die während des letzten Krieges zum Standort zahlreicher Wehrmachtseinheiten wurde. Wo sich viele Soldaten befanden, da waren unter der NS-Herrschaft auch die Kriegsgerichte nicht weit. Insgesamt verurteilten diese Kriegsgerichte zwischen 1939 und 1945 mindestens 20 000 Wehrmichtsangehörige wegen »Fahnenflucht«, »Wehrkraftzersetzung« oder »Feigheit« zum Tode.¹ Deutsche Kriegsrichter ließen also innerhalb von nur sechs Jahren die Bevölkerung einer ganzen Kleinstadt von der heutigen Größe Husums oder Schleswigs justizförmig zu Tode bringen.

Bei den Opfern der Wehrmichtsjustiz handelte es sich um Soldaten, die dem Trommelfeuer des Fronteinsatzes nicht länger gewachsen waren, das NS-Regime kritisiert hatten oder keinen Sinn mehr in der Fortsetzung des Krieges sahen. Nicht wenige waren milieugeschädigt oder hatten bereits eine kriminelle Karriere hinter sich, viele konnten sich ganz einfach von der Verlobten oder Freundin nicht trennen, und wieder andere hielten den Schikanen von Offizieren und Unteroffizieren nicht stand. Überzeugte Widerstandskämpfer, die etwa als Kommunisten oder Sozialdemokraten dem NS-Regime aktiv entgegentraten oder als Angehörige der dänischen Minderheit einer verbrecherischen Staatsführung die Loyalität aufkündigten, blieben Ausnahmen.² Die meisten Opfer der Kriegsgerichte gerieten vollkommen unvorbereitet in das Räderwerk einer Justiz, die keine Gerechtigkeit kannte.

Es ist hier im folgenden nur möglich, den Einzelfall des gerade 20jährigen Marine-Grenadiers Friedrich Rainer etwas ausführlicher zu behandeln, der am 16. April 1945 in einer Dünensenke südlich von Westerland erschossen wurde. Einführend wird dabei zunächst kurz auf die Rolle der Wehrmichtsjustiz im Nationalsozialismus und den gegenwärtigen Forschungsstand zu dieser Thematik eingegangen. Abschließend müssen dann auch einige Vorgänge aus jüngster Zeit Erwähnung finden, die erschreckende Kontinuitäten gerade in der schleswig-holsteinischen Justiz offengelegt haben.

1. Die Wehrmichtsjustiz im Nationalsozialismus und ihre Beurteilung nach 1945

Es hatte zu den Errungenschaften der ersten deutschen Republik gezählt, daß die Kriegsgerichte des preußisch-deutschen Kaiserreiches beseitigt wurden.

Denn schon in Artikel 106 der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 hieß es schlicht: »Die Militärgerichtsbarkeit ist aufzuheben, ...«. Allerdings bekämpften die Parteien und Verbände der völkisch-nationalistischen Rechten von Anfang an auch diese Verfassungsbestimmung. Eine künftige Militärjustiz sollte nach ihrer Auffassung sogar noch härter »durchgreifen« als die Kriegsgerichte während des Ersten Weltkriegs, die »nur« 150 Todesurteile verhängt hatten, von denen 48 vollstreckt worden waren, darunter 18 wegen »Fahnenflucht«. Und bereits 1923 erklärte auch Adolf Hitler in jenem kruden Deutsch, das sein Buch »Mein Kampf« prägte: »Es muß der Deserteur wissen, daß seine Desertion gerade das mit sich bringt, was er fliehen will. An der Front kann man sterben, als Deserteur muß man sterben.«³

Folglich wurde schon wenige Monate nach der nationalsozialistischen »Machtergreifung« am 12.5.1933 ein »Gesetz über Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit« erlassen. Die Militärgerichte waren organisatorisch von der übrigen Justiz getrennt und unterstanden den Oberbefehlshabern der drei Waffengattungen Heer, Marine und Luftwaffe. Neben dem wesentlich verschärften Militärstrafgesetzbuch von 1872 kamen ab 1939 typisch nationalsozialistische Vorschriften wie die Kriegssonderstrafrechts-Verordnung mit dem Tatbestand der »Wehrkraftzersetzung« und die sog. Volksschädlings-Verordnung zur Anwendung. Das Prozeßrecht der Wehrmichtsgerichtsbarkeit wurde von der am 26.8.1939 in Kraft getretenen Kriegsstrafverfahrensordnung vom 17.8.1938 geprägt, die entscheidend von den Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung abwich. Als Aufgabe der militärischen Sondergerichtsbarkeit wurden vom NS-Regime und der Wehrmachtsführung nicht die Herstellung materieller Gerechtigkeit betont, sondern die Aufrechterhaltung der sogenannten »Mannszucht«, also der Disziplin in der Truppe.⁴

Nach der Kriegsstrafverfahrensordnung war für das Vorgehen der Militärjustiz der jeweilige »Gerichtsherr« entscheidend, bei dem es sich um einen militärischen Kommandeur handelte, in dessen Befehlsbereich ein Kriegsgericht errichtet worden war. Denn der »Gerichtsherr« bestimmte, ob Anklage erhoben werden sollte, welches Strafmaß in Aussicht genommen wurde und wer als Richter fungierte. Die einem Kriegsgericht zugeteilten Juristen konnten nämlich als Untersuchungsführer, Ankläger, Richter, Vollstreckungsbeamte oder Gutachter eingesetzt werden. Sie waren bis auf die richterlichen Funktionen der Verhandlungsführung und Urteilsfindung weisungsgebunden. Jedes Urteil mußte

vom »Gerichtsherrn« bestätigt werden. War er mit der Entscheidung nicht einverstanden, konnte das Urteil »kassiert« und der Fall erneut einem Kriegsgericht zur Entscheidung zugewiesen werden. Abgeurteilten standen dagegen weder die Rechtsmittel der Berufung, noch der Revision zur Verfügung. Wie bei den nationalsozialistischen Sondergerichten sollten auch die Verfahren bei den Kriegsgerichten mit größter Schnelligkeit bearbeitet werden. Durch eine Vielzahl von Erlassen, Weisungen und Einzelfallmaßnahmen wurde auf die Kriegsgerichte eingewirkt. So hatte Hitler in seinen »Richtlinien für die Strafzumessung bei Fahnenflucht« vom 14.7.1940 bestimmt: »Die Todesstrafe ist im allgemeinen angebracht bei wiederholter oder gemeinschaftlicher Fahnenflucht und bei Flucht oder versuchter Flucht ins Ausland. Das gleiche gilt, wenn der Täter erheblich vorbestraft ist oder sich während der Fahnenflucht verbrecherisch betätigt hat.« Denn: »Wenn an der Front gerade die Besten ihr Leben für das Vaterland lassen müssen, kann niemand verstehen, daß man zur gleichen Zeit Feiglinge und Saboteure in Zuchthäusern konserviert.«⁵ Und am 27.4.1943 forderte der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Karl Dönitz, die Kriegsgerichte in einem Erlaß zu »unerbittlicher Härte« auf und erklärte: »Jeder einzelne muß genau wissen: Fahnenflucht kostet den Kopf.«⁶ Bei den Marinekriegsgerichten wirkte zudem das Trauma der Matrosenaufstände vom November 1918 in besonderer Weise nach – und je aussichtsloser die militärische Lage für das nationalsozialistische Deutschland wurde, desto häufiger verhängten Marinekriegsrichter die Todesstrafe.

Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 blieben die Kriegsrichter trotz der ungeheuerlichen Zahl der von ihnen verhängten Todesurteile unbehelligt. Im Gegensatz zu ihren Kollegen vom Volksgerichtshof und den Sondergerichten waren die ehemaligen Kriegsrichter insbesondere von der Internierung durch die alliierten Besatzungsmächte nicht betroffen. In der britischen Zone galten die Juristen aus der deutschen Militärjustiz sogar als vollkommen »unbelastet«.⁷ Ihnen stand damit der Weg zu kompetentem Nachkriegskarrieren offen. Hans Karl Filbinger etwa, der seine berufliche Laufbahn 1942 als Marinekriegsrichter in Westerland auf Sylt mit einer Serie von Todesurteilen begonnen hatte, brachte es bis zum baden-württembergischen Ministerpräsidenten. Und in Schleswig-Holstein amtierte der ehemalige Marinekriegsrichter Dr. Bernhard Lewerenz von 1954 bis 1967 als Justizminister. Auch sein Nachfolger Gerhard Gaul war aus der Marinejustiz hervorgegangen. Am 14.4.1942 hatte Gaul beispielsweise einen Matrosen mit der Begründung zum Tode verurteilt: »Asoziale Elemente wie der Angeklagte müssen rücksichtslos ausgemerzt werden.«⁸ Selbst nachdem die Lübecker SPD die Vorgänge 1978 öffentlich gemacht hatte, blieben sie für den unterdessen als Stadtpräsidenten in der Hansestadt fungierenden Gaul ohne Konsequenzen. Auch der damalige

Ministerpräsident und heutige Bundesverteidigungsminister Dr. Gerhard Stoltenberg stellte sich hinter seinen Parteifreund.⁹

Einiges Aufsehen hatte schon Anfang der sechziger Jahre der Fall des ehemaligen Marinekriegsgerichtsrats Dr. Hartwig Schlegelberger erregt, der 1961 zunächst zum Finanz- und dann 1963 zum Innenminister des Landes Schleswig-Holstein ernannt worden war. Vom Göttinger Rechtsanwalt Dr. Passow war Schlegelberger nämlich beschuldigt worden, gegen einen seiner Mandanten Ende 1944 vor dem Gericht der Kriegsmarine Berlin in zwei Verfahren wegen Betruges die Todesstrafe begehrt zu haben. Darüber hinaus wurde Schlegelberger bezichtigt, in einem anderen Prozeß wegen eines Diebstahls im Werte von 20,- RM auf die Anwendung der Volksschädlings-Verordnung und die Verhängung der Todesstrafe plädiert zu haben. Doch die Ermittlungen verliefen – während der Amtszeit der Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel und Dr. Helmut Lemke – im Sande. Die Staatsanwaltschaft Kiel stellte das Verfahren 1963 aufgrund des Berichts eines Mitarbeiters der Staatskanzlei ein, ohne überhaupt eigene Nachforschungen in den maßgeblichen Archiven angestellt zu haben.¹⁰ Mitte 1989 wurde Schlegelberger allerdings erneut von seiner Vergangenheit eingeholt. Presseberichten zufolge hatte er in einem weiteren Fall die Todesstrafe gegen einen Deserteur erwirkt und darüber hinaus Hinrichtungen im Zuchthaus Brandenburg geleitet. Die Staatsanwaltschaft mußte deshalb erneut Ermittlungen aufnehmen.¹¹ Der heute 75jährige Schlegelberger fungiert dabei immer noch als Präsident des Deutschen Roten Kreuzes in Schleswig-Holstein.

Der Fall Schlegelberger ist nicht untypisch für den Umgang mit ehemaligen Kriegsrichtern nach 1945. Bis heute wurde in der Bundesrepublik kein einziger ehemaliger Kriegsrichter rechtskräftig verurteilt. Die »kalte Amnestie« der bundesdeutschen Justiz für die ehemaligen Mitarbeiter des Volksgerichtshofes und der Sondergerichte erstreckte sich auch auf ehemalige Kriegsrichter.¹² Und in Schleswig-Holstein bildeten einstige Kriegsrichter neben den ehemaligen Mitarbeitern des Sondergerichts Kiel sogar das Rückgrat der Nachkriegsjustiz. Dabei hatten sich die ehemaligen Kriegsrichter schon bald nach 1945 in sogenannten »Kameradschaften« organisiert und beförderten gegenseitig ihre Nachkriegskarrieren. Darüber hinaus prägten sie in der bundesdeutschen Öffentlichkeit das Bild einer Wehrmachtjustiz, die quasi als einzige Institution in der nationalsozialistischen Diktatur niemals dem herrschenden Zeitgeist erlegen und ein Hort der Rechtsstaatlichkeit geblieben war. Die einstigen Kriegsrichter stellten sich für ihre Tätigkeit unter dem Nationalsozialismus also selbst »Persilscheine« aus.

Auch als das Münchner Institut für Zeitgeschichte Anfang der sechziger Jahre erstmals die Rolle der deutschen Justiz im Nationalsozialismus wissenschaftliche darstellen lassen wollte, wurde mit der Erarbeitung des Bandes zur

Wehrmachtsjustiz ein ehemaliger Luftwaffenrichter namens Otto Peter Schweling betraut. Die Leitlinien für den mit Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Band legten dann ehemalige Kriegsrichter bei einem »Kameradschaftstreffen« am 8./9. Mai 1965 fest. Schon im folgenden Jahr wurde dem Institut für Zeitgeschichte eine umfangreiche, apologetisch angelegte Ausarbeitung eingereicht. Dem Münchner Institut kamen nun allerdings doch Bedenken, und es entbrannte ein jahrelanger Gutachterstreit um das Gemeinschaftsprodukt der ehemaligen Kriegsrichter, dessen Herausgabe schließlich von den Auftraggebern abgelehnt wurde. Nach dem Tode Schwelings besorgte darauf Professor Dr. Erich Schwinge die Edition des von ihm überarbeiteten Bandes unter dem Titel »Die deutsche Militärjustiz in der Zeit des Nationalsozialismus« (Marburg 1977). Schwinge hatte schon vor 1945 als Kommentator des Militärstrafgesetzbuchs faktisch die Rolle eines Chefideologen der Wehrmachtsjustiz gespielt und war daneben auch als Kriegsrichter aktiv geworden. Allein zwischen Januar 1944 und Februar 1945 beantragte er in mindestens neun Fällen die Todesstrafe und verhängte als Richter sieben Todesurteile, wovon eines den 17jährigen Soldaten Anton Reschny betraf, der bei Bergungsarbeiten zwei Uhren und eine Geldbörse hatte mitgehen lassen, und der schließlich ausgerechnet von Heinrich Himmler (!) begnadigt wurde.¹³

Lange Jahre konnte nun der »Schweling/Schwinge« das Bild von der deutschen Militärjustiz im Nationalsozialismus prägen. Erst ganz allmählich kam auch eine unabhängige Forschung zur Wehrmachtsjustiz in Gang. So enthielt der Band »Kampfanzug unter der Robe. Kriegsgerichtsbarkeit des dritten Weltkriegs« (Hamburg 1984) des Hildesheimer Amtsrichters Ulrich Vultejus ebenfalls eine kritische Auseinandersetzung mit der Militärjustiz vor 1945. Und ein Jahr später veröffentlichte der Kasseler Historiker Jörg Kammler seine beeindruckende Lokalstudie »Ich habe die Metzerei satt und laufe über ... Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand (1939-1945)« (Fuldabrück 1985), in der auch die Hinrichtung des Matrosen Alfred Gail wegen »Fahnenflucht« am 10.5.1945, also zwei Tage nach (!) der deutschen Kapitulation, an Bord des Kriegsschiffes »Buéa« in der Geltinger Bucht ausführlich dokumentiert wurde (S. 69-82). Der Berliner Historiker Norbert Haase schilderte in seinem Buch »Deutsche Deserteure« (Berlin 1987) dann erstmals mit großem Einfühlungsvermögen, jedoch nicht ohne eine gelegentliche Tendenz zur Idealisierung den Lebens- und Leidensweg einer Reihe von fahnenflüchtigen Soldaten während des letzten Krieges.

Im gleichen Jahr traten auch der Privatforscher Fritz Wüllner und der Militärhistoriker Professor Dr. Manfred Messerschmidt mit ihrer Streitschrift »Die Wehrmachtsjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende« (Baden-Baden 1987) der Apologie von »Schweling/Schwinge«

entgegen. Die Bedeutung ihrer verdienstvollen Arbeit wird allerdings durch die wenig systematische und zum Teil verunglückte Darstellungsweise sowie nicht nachvollziehbare Berechnungen, die auf eine Zahl von 50 000 Todesurteilen der Wehrmachtsjustiz hinauslaufen, geschmälert.¹⁴ Im folgenden Jahr antwortete dann Erich Schwinge seinen Kritikern mit dem Band »Verfälschung und Wahrheit. Das Bild der Wehrmachtsgerichtsbarkeit« (Tübingen 1988), in dem er Fritz Wüllner und Manfred Messerschmidt mit persönlichen Angriffen überzog und sich sogar zu der Behauptung verstieg, nur Angehörige der »Erlebnisgeneration«, also die ehemaligen Kriegsrichter selbst, könnten ein realistisches Bild der Geschehnisse zeichnen. In einer kürzlich erschienenen Studie mit dem Titel »In jedem Einzelfall ... bis zur Todesstrafe. Der Militärstrafrechtler Erich Schwinge. Ein deutsches Juristenleben« (Hamburg 1989) hat sich schließlich der Historiker Detlef Garbe mit dem Wirken Schwinges vor und nach 1945 auseinandergesetzt. Garbes ebenso fundierte wie differenzierte Darstellung hebt sich dabei wohltuend von der Argumentationsweise Schwinges ab und muß als ein kleines historisches Meisterwerk bezeichnet werden.

Dabei sind auch angesichts dieses Streitstands die großen Forschungslücken hinsichtlich der Militärjustiz im Nationalsozialismus unübersehbar. Denn bislang fehlt es sowohl an umfassenden rechts- und organisationsgeschichtlichen Untersuchungen zur Rolle der Wehrmachtsjustiz im Nationalsozialismus, als auch an empirisch angelegten und vergleichenden Analysen zur Tätigkeit einzelner Kriegsgerichte zwischen 1939 und 1945. Dabei kann die Aktenüberlieferung in der Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs zu Aachen-Kornelimünster gerade in Hinblick auf die in Schleswig-Holstein tätig gewesenen Kriegsgerichte der Marine und des Heeres als außergewöhnlich günstig bezeichnet werden. Aber im nördlichsten Bundesland gibt es bekanntlich keine institutionalisierte NS-Forschung. Und vor diesem Hintergrund ist es auch im folgenden nur möglich, den Einzelfall eines Fahnenflüchtigen näher zu schildern, der im April 1945 auf der Insel Sylt hingerichtet wurde.

2. Die Aburteilung und Exekution eines Deserteurs auf Sylt im April 1945

Im Zuge des deutschen Rückzugs kam der junge Marine-Grenadier Friedrich Rainer im März 1945 nach Nordfriesland.¹⁵ Geboren wurde er am 4. April 1925 als uneheliches Kind eines Dienstmädchens in München. Bis zum zehnten Lebensjahr mußte Friedrich Rainer als Pflegekind auf dem Land leben. Und erst nachdem seine Mutter den Stiefvater geheiratet hatte, konnte er nach München zurückkehren. Friedrich Rainer durchlief mit Erfolg die Volksschule und erlernte anschließend das Tischlerhandwerk. Mit 17 Jahren meldete er sich freiwillig zur Kriegsmarine. Am 8.8.1942 erfolgte seine Einberufung. Friedrich Rainer wurde bei der U-Boot-Schule in Plön ausgebildet und kam dann zu einer U-Boot-Flotille an

der französischen Atlantikküste, ohne jedoch auf Feindfahrt zu gehen. Von Anfang an hatte der junge Rekrut disziplinarische Schwierigkeiten und wurde vor allem wegen unerlaubten Verlassens des Standorts wiederholt mit Arrest bestraft. Hinzu trat eine kriegsgerichtliche Verurteilung wegen »militärischen Diebstahls«.

Im Frühjahr 1945 wurde dann aus den Resten verschiedener U-Boot-Besatzungen das Marine-Grenadierregiment Hartmann gebildet, mit dem auch Friedrich Rainer über Itzehoe nach Husum gelangte. Hier fand der junge Soldat bald eine Freundin. Und um mit ihr zusammensein zu können, verließ er eines Tages unbefugt die Kaserne an der Flensburger Chaussee. Deshalb wurde Friedrich Rainer erneut disziplinarisch mit 21 Tagen geschärftem Arrest bestraft, den er vom 20.3. bis 10.4.1945 in der Husumer Standortarrestanstalt verbüßen mußte. Als am 3. April 1945 einer der in diesen Wochen häufigen Luftalarme ausgelöst wurde, führte man die Gefangenen der Husumer Standortarrestanstalt ins Freie. Dabei lernte Friedrich Rainer einen Mitgefangenen kennen, der wegen »Fahnenflucht« inhaftiert worden war. Dieser machte den Vorschlag, gemeinsam zu entfliehen. Tatsächlich konnten die beiden sich während des Luftalarms unbemerkt absondern und gegen 17 Uhr problemlos entkommen. Friedrich Rainer und sein Begleiter marschierten nun auf der heutigen Bundesstraße 200 in Richtung Flensburg.

Am 4. April 1945 gegen 5.00 Uhr morgens wurde die Grenzstadt erreicht. Es war Friedrich Rainers 20. Geburtstag. Mit einer Straßenbahn der Linie 1 durchquerten die beiden Deserteure Flensburg – und fuhren vom Deutschen Haus über Südermarkt und Holm, an St. Nicolai und dem Nordertor vorbei bis zur Endstation in der Apenrader Straße. Zu Fuß gingen sie dann weiter in westlicher Richtung nach Niehuus unmittelbar an der deutsch-dänischen Grenze. In einem Wäldchen trennten sich Friedrich Rainer und sein Begleiter, der die Grenze allein überschreiten wollte. Das gelang ihm ohne Schwierigkeiten, so daß er nur einen Monat später die Befreiung in Dänemark erleben konnte. Friedrich Rainer blieb dagegen auf der deutschen Seite der Grenze und fragte bei verschiedenen Gehöften nach Arbeit. Eine Bauersfrau ließ ihn auch hereinkommen, schöpfte jedoch Verdacht, als er keine Papiere vorweisen konnte. Unter einem Vorwand telefonierte die Bäuerin mit der Flensburger Standortkommandantur und denunzierte den Deserteur. Kurz darauf erschien ein Feldwebel und nahm Friedrich Rainer fest. So endete sein 20. Geburtstag in der Flensburger Wehrmachtsstrafanstalt. Bei der anschließenden Vernehmung räumte Friedrich Rainer nach anfänglichen Ausflüchten den wahren Sachverhalt ein. Schon am 6. 4.1945 wurde er daher erneut in die Husumer Standortarrestanstalt überführt. Dort wußte man aber offenbar zunächst nicht recht, was man mit dem Deserteur anfangen sollte. Erst eine Woche später, am 13.4.1945, erhielt der »Seekommandant Nordfriesland«, Kapitän zur See Aschmann, der in der alten

Hermann-Tast-Schule in der Husumer Süderstraße residierte, von dem Vorgang Kenntnis.

Als höchster Wehrmachtsbefehlshaber an der Westküste ordnete Aschmann an, daß Friedrich Rainer umgehend vor das ihm unterstehende »Gericht des Seekommandanten Nordfriesland« zu stellen sei, das seinen Sitz in Westerland auf Sylt hatte. Am folgenden Tag, dem 14. 4.1945, wurde Friedrich Rainer daher mit dem ersten Zug nach Westerland gebracht. Auf dieser Fahrt sah der mit Handschellen gefesselte und von zwei Soldaten bewachte Münchner zum ersten – und letzten – Mal die einzigartige nordfriesische Landschaft: Köge, Deiche, Geesthügel, das Wattenmeer und die Sylter Dünenlandschaft zogen am Fenster vorbei. Doch schon kurz darauf holte Friedrich Rainer die Wirklichkeit des in den letzten Zügen liegenden »Dritten Reiches« wieder ein. Denn in Westerland trat das »Gericht des Seekommandanten Nordfriesland« zusammen, um dem Marine-Grenadier den Prozeß zu machen.

Den Vorsitz führte der Marinekriegsrichter Walter Muysers. Er war im Jahr 1900 in Hamburg geboren, wurde 1918 noch kurz zum Kriegsdienst eingezogen, studierte dann Rechtswissenschaften und war nach dem Referendariat als Rechtsanwalt und Notar in Haigerloch im Kreis Hechingen (Baden-Württemberg) tätig. 1940 erfolgte die Einberufung von Muysers zur Marine und ab 1941 wurde er als Kriegsrichter eingesetzt. Große Ähnlichkeiten mit seiner Biographie wies auch der Lebensweg des Anklagevertreters im Verfahren gegen Friedrich Rainer, Dr. Hermann Buggele, auf. Er wurde 1904 in Katzenberg/Oberdonau (Österreich) geboren, studierte ab 1923 Rechtswissenschaften und praktizierte nach Referendariat und Promotion ab 1928 als Rechtsanwalt und Notar in seiner Heimat. 1942 erfolgte die Einberufung Buggeles zur Marine und ab 1943 fand auch er als Kriegsrichter Verwendung.¹⁶ Offenbar gehörten weder Muysers, noch Dr. Buggele der NSDAP an, und sie galten – soweit bekannt – auch ansonsten nicht als fanatische Nationalsozialisten.

Und dennoch machten die beiden Kriegsrichter am 14. April 1945 dem Marinegrenadier Friedrich Rainer einen »kurzen Prozeß«. Dabei spielten die richterlichen Beisitzer in Gestalt eines Leutnants und eines Matrosenobergefreiten offenbar reine Statisten-Rollen. Die Verhandlung dauerte jedenfalls nur wenige Stunden. Dann beantragte der Anklagevertreter Dr. Buggele die Todesstrafe. Ein als Pflichtverteidiger fungierender Fähnrich plädierte auf Freispruch. Friedrich Rainer bat um Frontbewährung. Nach kurzer Zeit verkündete dann der Marinekriegsrichter Muysers das Urteil: »Im Namen des Deutschen Volkes« wurde Friedrich Rainer zum Tode verurteilt (Abb. 1).

In der Urteilsbegründung hielt man Friedrich Rainer weder seine schwierige Kindheit, noch sein geringes Alter zu Gute. Das Gericht ging auch darüber hinweg, daß der Plan, aus der Husumer Arrestanstalt zu entweichen, nicht von dem

Angeklagten stammte, und daß er – anders als sein Begleiter – die dänische Grenze nicht überschritten hatte. Ungeklärt blieb darüber hinaus, warum Friedrich Rainer in Niehuus Arbeit suchte und sich auch nicht entfernte, als er das Telefonat der Bäuerin bemerkt hatte. Vieles deutete darauf hin, daß es sich bei seinem Gesamtverhalten um eine unüberlegte Tat aus jugendlichem Leichtsinn handelte, die juristisch nicht als »Fahnenflucht« sondern als »unerlaubte Entfernung« zu bewerten war, und selbst nach der damaligen Rechtslage ein Todesurteil nicht rechtfertigen konnte. Im Urteil wurde auf solche juristischen Fragen jedoch nicht eingegangen. Stattdessen führte das Gericht aus: »Es ist altes soldatisches Gesetz, daß der Kugel verfällt, wer trachtet, der Kugel zu entgehen«. Und an anderer Stelle hieß es weiter: »Schließlich aber ist auch Rücksicht zu nehmen auf die gegenwärtige allgemeine und militärische Lage. Wir leben in Krisenzeiten. Härteste Anforderungen werden an alle gestellt, ob alt oder jung. Höchste Opfer werden gefordert. Wenn in solchem Zeitpunkt ein Feigling sich dem Einsatz entzieht, kann es darauf nur eine Antwort geben: Die Todesstrafe.«

Das »Gericht des Seekommandanten Nordfriesland« wollte also offenbar zur Abschreckung ein Exempel statuieren. Und bereits am folgenden Tag, dem 15.4. 1945, telefonierte Marinekriegsrichter Muysers mit seinem »Gerichtsherrn«, dem Kapitän zur See Aschmann in Husum. Für die Bestätigung von Todesurteilen war an sich das Oberkommando der Kriegsmarine in Berlin zuständig. Doch da sich dort bereits alles in Auflösung befand, hatte man auch die Marinebefehlshaber ermächtigt, die Vollstreckung von Todesurteilen anzuordnen. Im Falle Friedrich Rainer wäre hierfür nun der Kommandeur des Marine-Grenadierregiments Hartmann zuständig gewesen, der jedoch bereits aus Husum abgerückt war, um mit seiner Truppe südlich der Elbe den militärisch sinnlosen Widerstand gegen die vorrückenden alliierten Truppen fortzusetzen. So bestätigte kurzerhand Aschmann selbst das Urteil des ihm unterstehenden Gerichts und ordnete an, es »unverzüglich zu vollstrecken«. Marinekriegsrichter Muysers in Westerland wurde mit den weiteren Vorbereitungen beauftragt und setzte den Termin für die Hinrichtung auf Montag, den 16. April 1945, um 6.30 Uhr fest. An diesem Tag wurde Friedrich Rainer um 4.31 in seiner Zelle in der Sylter Wehrmachtsarrestanstalt aus dem Schlaf gerissen. Mit militärisch knappen Wendungen teilte man ihm mit, daß das gegen ihn verhängte Todesurteil in zwei Stunden vollstreckt würde. Anschließend sprach der katholische Marinepfarrer mit dem Delinquenten. Etwa zur gleichen Zeit setzte die Rote Armee von der Oder her zu ihrer letzten Großoffensive mit dem Ziel der Eroberung Berlins an. Amerikanische Truppen rückten von Westen auf Leipzig zu. Die Briten standen vor Bremen – und hatten am Tag zuvor das KZ Bergen-Belsen befreit, so daß die ersten Berichte über die dortigen Schrecken um die Welt gingen.¹⁷

Auf Sylt aber führten immer noch deutsche Marineoffiziere das Regiment. Und

Friedrich Rainer wurde um 6.30 gefesselt auf den Richtplatz in einer Dünensenke südlich Westerlands geführt, wo schon zuvor eine Reihe von Hinrichtungen stattgefunden hatten. In einer »Niederschrift über den Vollzug der Todesstrafe an dem ehemaligen Marine-Grenadier Friedrich Rainer« (Abb. 2) hielt Marinekriegsrichter Muysers das weitere Geschehen fest. Darin heißt es unter anderem: »Das Kommando 'Feuer' erfolgte um 6.38 Uhr. Der Verurteilte starb durch 7 Schüsse und einen Gnadenschuß«. Es war also kein schneller Tod. Denn wenn ein Gnadenschuß abgegeben werden mußte, hatten die Schüsse des Exekutionskommandos nicht sofort zum Exitus des Delinquenten geführt.

Noch am selben Tage wurde um 15.00 Uhr bei der Westerländer Post ein Telegramm aufgegeben: »An die Polizei, München 8. Todesurteil gegen Mar. Gren. Friedrich Rainer wegen Fahnenflucht am 16. April 1945, 6.48 Uhr, vollstreckt. Mutter ... (es folgen Name und Anschrift) ... verständigen.« Ob dies Telegramm tatsächlich noch in München eintraf, muß auf Grund der allgemeinen Lage am 16.4.1945 sehr bezweifelt werden. Noch am selben Tag wurde auch der Leichnam Friedrich Rainers zur Beerdigung freigegeben. Wo die Bestattung erfolgte, konnte bislang nicht festgestellt werden. Heute erinnert jedenfalls nichts mehr an den jungen Soldaten Friedrich Rainer, der eine Freundin in Husum hatte, für einige Stunden an die dänische Grenze ausrückte und deshalb in den Sylter Dünen erschossen wurde. Friedrich Rainer ist einer von jenen über 20 000 vergessenen deutschen Soldaten, die zwischen 1939 und 1945 von deutschen Kriegsrichtern justizförmig zu Tode gebracht wurden.

Das gegen den 20jährigen Marine-Grenadier Friedrich Rainer verhängte Todesurteil war dabei nicht nur juristisch höchst zweifelhaft, sondern auch seine Vollstreckung hätte ohne Schwierigkeiten verhindert werden können. Vom Kapitän zur See Aschmann in Husum etwa wäre eine Erklärung ausreichend gewesen, daß er für die Bestätigung des Todesurteils nicht zuständig sei. Und auch die Marinekriegsrichter Dr. Buggele und Muysers hätten sicher einen Weg finden können, um die Vollstreckung hinauszuzögern – etwa durch ein »Verlegen« der Akten, die Befürwortung eines Gnadengesuchs oder die Anforderung zusätzlicher Unterlagen bei Rainers früheren Einheiten. Aber dem »Seekommandanten Nordfriesland« und den Westerländer Marinekriegsrichtern kam es aus Gründen der Abschreckung offenbar gerade auf die Hinrichtung eines Soldaten an.

Auf diese Weise meinten Aschmann, Dr. Buggele und Muysers nämlich allem Anschein nach die Disziplin in der Truppe, die vielbeschworene »Manneszucht«, aufrecht erhalten zu können. Und das sollte in einer militärisch vollkommen aussichtslosen Situation geschehen, in der jede Kriegsverlängerung nur zusätzlich Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern mußte. Der »Gerichtsherr« und seine Kriegsrichter waren dabei – soweit bekannt – keine eifernden Nationalsozialisten. Aber einen zweiten November 1918, einen neuen Matrosenaufstand mit

nachfolgender Revolution, durfte es nach ihrer Auffassung nicht geben. Zwar deutete im Frühjahr 1945 auch in Nordfriesland nichts in dieser Richtung. Aber das Trauma, das aufrührerische Matrosen und rote Fahnen hinterlassen hatten, wirkte fort. Deshalb sollte ein Exempel statuiert werden. Und deshalb mußte Friedrich Rainer sterben.

Bei der Exekution Friedrich Rainers handelte es sich entgegen ursprünglicher Annahmen nicht um die letzte Hinrichtung auf der Insel Sylt. Denn noch am 23. April 1945 traten die Marinekriegsrichter Muysers und Dr. Buggele erneut zusammen – diesmal allerdings als »Feldkriegsgericht des 2. Admirals der Ostsee (Zweigstelle Westerland)« und mit vertauschten Rollen. Denn nun vertrat Muysers die Anklage, während Dr. Buggele den Vorsitz führte. Und nach dem Münchner Tischler Friedrich Rainer wurden nun auch der aus Westfalen stammende Seeman Paul Fromme und der österreichische Arbeiter Franz Kwopil wegen »Fahnenflucht«, »Wehrkraftzersetzung« und »Diebstahl« zum Tode und zu jeweils fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Exekution erfolgte einen Tag später, am 24. April 1945, auf dem »Richtplatz« in den Dünen südlich Westerlands, wo sich heute ein großer Camping-Platz erstreckt, auf dem in den Sommermonaten auch viele Touristen aus München, Westfalen und Österreich ihren Urlaub verbringen.¹⁸ Ob es sich bei den Hinrichtungen von Paul Fromme und Franz Kwopil um die letzten Erschießungen auf der Insel Sylt handelte, ist bis heute unbekannt. Denn – wie schon angedeutet – stehen für eine empirisch angelegte NS-Forschung in Schleswig-Holstein kaum Mittel zur Verfügung, und langfristige Recherchearbeiten in den einschlägigen Archiven sind im Rahmen privater Nachforschungen nur begrenzt finanzierbar.

3. Jahrzehnte danach: Kriegsgerichts-Spiele in Flensburg

Die Geschichte wiederholt sich nicht. Und doch fand noch 1979 bei den Flensburger Justizbehörden am Südergraben eine Wehrübung besonderer Art statt. Schleswig-Holsteinische Richter und Staatsanwälte trafen sich mit Bundeswehr-Offizieren, um Kriegsgericht zu spielen. Immerhin eine Woche lang wurde die Einrichtung eines »Wehrstrafgerichts« mit Geschäftsstelle und Staatsanwaltschaft geprobt. Ob dabei auch Urteile abgesetzt und entsprechende Vollstreckungen inszeniert wurden, ist nicht bekannt. Jedenfalls aber werden wohl auch im dritten Weltkrieg deutsche »Wehrstrafgerichte« nicht ohne die Todesstrafe auskommen können. Denn womit sonst will man potentielle Deserteure schrecken?

Für die Flensburger »Aufbauübung« und die dortigen Planspiele gab es keine Rechtsgrundlage. Dennoch arrangierten das Bundesjustiz- und das Verteidigungsministerium die Veranstaltung. Das Kieler Justizministerium stellte bereitwillig Richter und Staatsanwälte dazu ab. Und auch der

Landgerichtspräsident und der Leitende Oberstaatsanwalt in Flensburg räumten ohne Zögern ganze Bürotrakte für die Übung. Angeblich wurde sogar das Gefängnis am Südergraben einbezogen. Nur 34 Jahre nachdem Deutschland auch von einer barbarischen Militärjustiz befreit worden war, hatten sich Richter, Staatsanwälte und Offiziere in Flensburg schon wieder bereit gefunden, um ohne jede Rechtsgrundlage Kriegsgericht zu spielen. Und als der damalige Landtagsabgeordnete und heutige Staatssekretär im Kieler Justizministerium, Uwe Jensen (SPD), 1984 den Skandal aufdeckte, verstrickten sich Bundesjustizminister Engelhard (FDP) und der damalige schleswig-holsteinische Justizminister Schwarz (CDU) in zahlreiche Widersprüche und Peinlichkeiten.¹⁹ Dabei standen Ende der siebziger Jahre gerade die letzten ehemaligen Kriegsrichter und Mitarbeiter des Sondergerichts Kiel, die die Schleswig-Holsteinische Justiz in den 50er und 60er Jahren geprägt hatten, im Begriff, als Pensionäre aus dem Berufsleben auszuschcheiden. Bei den Flensburger Kriegsgerichtsspielen wurde daher 1979 deutlich, wie sehr es den einstigen Kriegs- und Sonderrichtern gelungen war, ihre Nachfolger zu »formen«. Und diese Nachfolger demonstrierten im September 1988 zudem Solidarität, als es um die Verabschiedung des Schleswiger Generalstaatsanwalts Teschke ging, der die fragwürdigen Ermittlungspraktiken der Lübecker Staatsanwaltschaft in der Barschel-Affäre gedeckt hatte.²⁰ Schließlich erhob der Vorsitzende des Deutschen Richtervereins in Schleswig-Holstein Petersen auf Grund der Personalpolitik der Regierung Engholm kürzlich sogar den Vorwurf des »Verfassungsbruchs«, also des Hochverrats, gegen den Justizminister Dr. Klaus Klingner (SPD), der unter anderem an entscheidender Stelle die Barschel-Affäre aufgeklärt hatte. Auf diese Weise sind erschreckende Kontinuitäten in der Schleswig-Holsteinischen Justiz sichtbar geworden, die in fataler Weise an das Verhalten der Justiz unter der Weimarer Republik erinnern, die auch an ihren Richtern und Staatsanwälten zu Grunde ging.

Den Kriegsgerichts-Spielen der Flensburger Justiz kann hier nur die Erinnerung an den 20jährigen Marine-Grenadier Friedrich Rainer entgegengesetzt werden, der am 16. April 1945 in den Sylter Dünen justizförmig ermordet wurde. Dabei verbindet sich die Erinnerung an Friedrich Rainer und die deutsche Kriegsjustiz gerade 50 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen, der mit der Beschießung der Danziger Westerplatte durch das Linienschiff »Schleswig-Holstein« begann, mit einem ebenso einfachen, wie entschiedenen Appell: Nie wieder!

ANMERKUNGEN:

1 Die genaue Zahl der von deutschen Kriegsgerichten zwischen 1939 und 1945

verhängten Todesurteile ist nicht bekannt. Die Kriegs-Kriminalstatistik weist allerdings allein bis Juni 1944 17 300 Todesurteile aus, die zum allergrößten Teil auch vollstreckt wurden. Rechnet man die Zahl der in den letzten 12 Kriegsmonaten verhängten Todesurteile hinzu, so muß davon ausgegangen werden, daß deutsche Kriegsgerichte während des Zweiten Weltkriegs mindestens 20 000 Todesurteile verhängten. Vgl.: Otto Henricke, Auszüge aus der Wehrmacht-Kriminalstatistik, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Bd. 5/1966, S. 438-456. Unterdessen ist ein heftiger Streit um die Zahl der zwischen 1939 und 1945 verhängten Todesurteile entbrannt. Während die ehemaligen Kriegsrichter Otto Peter Schweling und Erich Schwinge in ihrem Buch »Die deutsche Militärjustiz und der Nationalsozialismus«, Marburg 1977, von »nur« 10 000 bis 12 000 Todesurteilen berichten, gehen der Privatforscher Fritz Wüllner und der Militärhistoriker Manfred Messerschmidt in ihrem Band »Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende«, Baden-Baden 1987, aufgrund eigener Berechnungen von bis zu 50 000 Todesurteilen aus. Dabei stehen die Zahlenangaben von Schweling/Schwinge eindeutig im Widerspruch zu den überlieferten Statistiken und sollen offenbar die apologetische Tendenz ihrer Darstellung der Militärjustiz unterstreichen. Aber auch die Berechnungen von Messerschmidt/Wüllner vermögen aufgrund zahlreicher Unsicherheitsfaktoren sowie bloßer Annahmen und Vermutungen, für die bislang keine empirisch fundierten Nachweise beigebracht wurden, nicht zu überzeugen.

- 2 Die Angaben stützen sich auf die Durchsicht von rund 500 stichprobenartig ausgewählten Verfahrensakten der Heeres-, Marine- und Luftwaffenberichte, die in der Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs zu Aachen-Kornelimünster überliefert sind, durch den Verfasser. – Zu den Angehörigen der dänischen Minderheit, die dem NS-Regime die Loyalität aufkündigten, zählte auch der heutige SSW-Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer. Er desertierte am 16.1.1945 und schloß sich der dänischen Widerstandsbewegung auf Fünen an.
- 3 Adolf Hitler, Mein Kampf, 410.-414. Aufl., München 1939 (Hervorhebungen im Original). – Hinsichtlich der Zahl der während des Ersten Weltkrieges verhängten Todesurteile siehe Norbert Haase, Deutsche Deserteure, Berlin 1987, S. 37.
- 4 Vgl. in diesem Zusammenhang: Detlef Garbe, »In jedem Einzelfall ... bis zur Todesstrafe.« Der Militärstrafrechtler Erich Schwinge. Ein deutsches Juristenleben, Hamburg 1989; ders., »Erschossen am Höltigbaum«. Zur militärjuristischen Verfolgung von Kriegsdienstgegnern im Zweiten Weltkrieg, in: INFO des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Nr. 12 (1988), S. 3-31. Zum nationalsozialistischen Strafrecht siehe auch: Klaus Bästlein, »Als Recht zu Unrecht wurde.« Zur Entwicklung der Strafjustiz im Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament), Nr. B 13-14/89 vom 24. März 1989, S. 3-18; ders., die Akten des ehemaligen Sondergericht Kiel als zeitgeschichtliche Quelle, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 113/1988, S. 157-211.
- 5 Zitiert nach: Lothar Gruchmann, Ausgewählte Dokumente zur Deutschen Marinejustiz im Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 26. Jahrg./1978, S. 433-498, Zitate S. 464 f.
- 6 Zitiert nach: Ebenda, S. 469.

- 7 Vgl. Joachim Reinhold Wenzlau, Der Wiederaufbau der Justiz in Nordwestdeutschland 1945 bis 1949, Königstein/Ts. 1979, S. 119-145, insb. S. 131.
- 8 Zitiert nach: »Lübecker Nachrichten« vom 7.7.1978. Die »Lübecker Nachrichten« publizierten am 7.7.1978 und 14.7.1978 Wortlautauszüge aus den Todesurteilen Gerhard Gauls.
- 9 Siehe »Lübecker Nachrichten«, vom 8.7.1978: »Stoltenberg stützt Gaul«.
- 10 Siehe: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 24.4.1963; »Der Spiegel«, Nr. 18/63 vom 1.5.1963, S. 33 f.; »Flensburger Tageblatt« vom 23.4., 7.5. und 29.5.1963.
- 11 Siehe: »Weser-Kurier« vom 2.6.1989; »Frankfurter Rundschau« vom 28.6.1989. Bislang haben die führenden schleswig-holsteinischen Tageszeitungen »Kieler Nachrichten«, »Lübecker Nachrichten« und »Flensburger Tageblatt« ihre Leser ebensowenig über die Hintergründe der neuerlichen Vorwürfe gegen Schlegelberger informiert wie der Norddeutsche Rundfunk seine Hörer und Fernsehzuschauer.
- 12 Vgl. in diesem Zusammenhang neuerdings nur den dritten Teil des Katalogs »Im Namen des Deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus«, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Köln 1989, S. 307-455, in dem die faktische Amnestie für NS-Justizjuristen als zentrale Fehlleistung der bundesdeutschen Nachkriegsjustiz deutlich herausgearbeitet wird.
- 13 Siehe Detlef Garbe, »In jedem Einzelfall ... bis zur Todesstrafe« (wie Anm. 4).
- 14 Vgl. Anm. 1.
- 15 Die folgende Schilderung stützt sich - soweit nicht anders vermerkt - auf die Verfahrensakte gegen Friedrich Rainer, Gericht des Seekommandanten Nordfriesland, St. L. J. I 185/45, in: Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs (BA/ZNS) zu Aachen-Kornelimünster, Bestand RM 45 Nord G, Akte 50587. Aus dieser Akte wurden ebenfalls die nachstehenden Zitate entnommen.
- 16 Die Angaben zu den Marinekriegsrichtern Dr. Buggele und Muysers basieren auf Personalunterlagen in der unter französischer Oberhoheit stehenden Deutschen Dienststelle (WASt) in Berlin-Reinickendorf.
- 17 Zur militärischen Lage am 16. April 1945 vgl. Das Dritte Reich in Bildern und Dokumenten, hrsg. von Heinz Huber und Artur Müller, Bd. 6 : Das Ende des Dritten Reiches 1944-45, München 1969, S. 66 f. (Chronologie) und S. 112 f. (Karte). Zum KZ Bergen-Belsen und seiner Befreiung siehe vor allem Eberhard Kolb, Bergen-Belsen. Geschichte des »Aufenthaltslagers« 1943-1945, Hannover 1962.
- 18 Die Angaben zum Prozeß gegen Paul Fromme und Franz Kwapil stützen sich auf die gegen sie angelegte Verfahrensakte, Gericht des 2. Admirals der Ostsee (Zweigstelle Westerland), St. L. J. XIII 89/45, in: BA/ZNS, Bestand RM, Akte 48779.
- 19 Siehe: »Husumer Nachrichten« vom 20.7.1984: »Richter übten für Wehrgerichte bis 1980«. Zu den Hintergründen für die Flensburger Kriegsgerichts-Spiele vgl. auch Ulrich Vultejus, Kampfanzug unter der Robe. Kriegsgerichtsbarkeit des Dritten Weltkriegs, Hamburg 1984.
- 20 Siehe: »Flensburger Tageblatt« vom 20.9.1988: »Behördenleiter und Richter demonstrieren Solidarität«. Zum Verhalten der Lübecker Staatsanwaltschaft und des Generalstaatsanwalts Teschke in der Barschel-Affäre vgl.: Der Kieler Untersuchungsausschuß. Die Fragen und die Antworten. Oktober 1987-Januar 1988, hrsg. vom Schleswig-Holsteinischen Landtag, Kiel 1988; Cordt Schnibben/Volker

Skierka, Macht und Machenschaften. Die Wahrheitsfindung in der Barschel-Affäre. Ein Lehrstück, Hamburg 1988.

Ein Europa der Völker

Der Verfasser des nachstehenden Beitrages gilt als ein »grand old man« der dänischen Volkshochschul-Bewegung. Von der Ausbildung her Jurist hat sich Poul Engberg vor allem mit dem Werk von N. F. S. Grundtvig auseinandergesetzt und es als Mitarbeiter und Vorsteher verschiedener dänischer Volkshochschulen immer wieder für aktuelle Diskussionen fruchtbar gemacht. Der folgende Beitrag basiert auf einem Vortrag zum Thema »Die europäische Dynamik«, den Poul Engberg beim »Rønshoved-Treffen« am 30. April 1989 gehalten hat. Für die »Grenzfriedenshefte« erweiterte Poul Engberg seinen Vortrag zu einem streitbaren Essay, der ausgehend von Dänemarks Stellung in der EG vor allem die Bedeutung des Nordens und des Ostens für ein künftiges »Europa der Völker« beleuchtet. Engbergs Thesen und Positionen reizen zur weiteren Auseinandersetzung – und der Redaktion der »Grenzfriedenshefte« sind Reaktionen darauf sehr willkommen.

I.

Unter den zwölf Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) ist Dänemark dasjenige, das einer Ausweitung der Zusammenarbeit besonders skeptisch gegenübersteht. Der EG-Ausschuß unseres Folketings wacht aufmerksam darüber, daß sich die Gemeinschaft nicht das Entscheidungsrecht über Angelegenheiten anmaßt, die nicht ausdrücklich von den Paragraphen der Römischen Verträge erfaßt werden. Vor allem die dänische Linke steht der EG skeptisch gegenüber, und hinzu kommt, daß in unserem Land eine recht große und tatkräftige Volksbewegung existiert, die die Forderung vertritt, Dänemark aus der EG herauszulösen und wieder dem übrigen skandinavischen Norden anzuschließen.

Die Ursachen für diese Haltung sind tief in unserer Geschichte und der besonderen kulturellen und politischen Tradition des Nordens verwurzelt, in der wir uns zu Hause fühlen. In der Zeit bis 1864 war unser Land durch die Herzogtümer Holstein und Lauenburg, die der dänische König beherrschte, eng mit der europäischen Geschichte, Politik und Wirtschaft verbunden. Aber die katastrophale Niederlage des Jahres 1864, die nicht nur zur Abtretung dieser beiden deutschen Besitztümer, sondern auch des dänischen Herzogtums Schleswig führte, und die ein Fragezeichen hinter die Überlebenschancen des restlichen Dänemark setzte, führte zu jener Isolationspolitik gegenüber Europa, die bis zum Zweiten Weltkrieg vorherrschte. Damals mußten alle unsere Kräfte - die ökonomischen wie die geistigen – zusammengefaßt werden, um das, was

nach außen verloren war, nach innen zu gewinnen. Dies war das Motto – nicht nur für die Fruchtbarmachung der jütischen Heide, sondern für das ganze geistige Leben unseres Volkes. Unser Volk suchte innerlich Kraft in einer geistigen Bestimmung zu finden, von der wir meinten, daß sie göttlicher Art sein müßte, und die wir nun in die Wirklichkeit umsetzen wollten.

Bei dieser innerlichen Suche stieß unser Volk auf Grundtvig, der erst jetzt jener Prophet wurde, der unsere ganze weitere Entwicklung prägen sollte.

1941 – während der deutschen Besetzung unseres Landes – wurden wir gezwungen, in Kopenhagen eine deutsch-dänische Akademie zu errichten, über deren Einweihung auch die Zeitungen zu berichten hatten. Unser König Christian X. war am Tag der Einweihung »leider« erkältet, aber andere Dänen mußten zur Stelle sein. Von deutscher Seite sprach Professor Otto Scheel aus Kiel, und die wichtigsten Punkte seiner Rede erinnere ich noch. Er sagte unter anderem:

1. Vor ca. 100 Jahren war Dänemark in kultureller Hinsicht eine deutsche Provinz.
2. Dann kam ein Mann, der Grundtvig hieß, und er führte Dänemark aus der Abhängigkeit von der deutschen Kultur heraus und richtete das Land nach Westen (England) und nach Norden aus.
3. Heute ist es die Aufgabe dieses Instituts, Dänemark wieder in Abhängigkeit von der deutschen Kultur zu bringen.

Wenn wir bei Kultur an die Produkte der sogenannten kulturellen Elite in Wissenschaft, Kunst, Literatur, Philosophie, Theologie usw. denken, müssen wir Otto Scheel hinsichtlich seiner Behauptung, Dänemark sei eine deutsche Provinz gewesen, weitgehend Recht geben. Das Universitätsleben – und nicht zuletzt die Theologie – die Dichtung, die Kunst, ein großer Teil der Beamten in der Zentraladministration und der größte Teil des Adels auf unseren Gütern waren entweder direkt deutscher Herkunft oder zumindest deutsch beeinflusst. In Kopenhagen wurden in fünf Kirchen deutsche Gottesdienste gehalten, und Holstein spielte eine entscheidende Rolle in der Wirtschaft unseres Landes. Otto Scheel hat auch richtig verstanden, daß Grundtvig uns aus der Beeinflussung von Süden her löste und nach Westen und Norden orientierte. Sein Werkzeug dabei war aber nicht die Schaffung einer anderen – westlichen oder nordischen – Elitekultur, sondern ein ganz neues Kulturverständnis, das darauf basierte, daß alle wahre und wirkliche Kultur von unten her wachsen muß – aus dem Volk selbst heraus. Sonst macht sie das Volk wehrlos und stumm.

Es ist Otto Scheel und seiner nazistischen Gefolgschaft bekanntlich nicht gelungen, Dänemark wieder in die alte Abhängigkeit von der deutschen Elitekultur zu bringen. Dagegen wird es noch einen entscheidenden Kampf für das dänische Volk bedeuten, der eine starke innere Bewußtwerdung erfordert, wenn verhindert werden soll, daß dies der EG gelingt.

Die Elitekultur existiert natürlich nach wie vor in unserem Land, auch wenn ihr durch die Volksbewegungen und die Volksherrschaft, welche in den letzten 100 Jahren Dänemark geprägt haben, teilweise die Macht genommen wurde. Und diese Elitekultur ist von Ursprung und Wesen her eindeutig europäisch. Natürlich setzen wir ab und zu einen dänischen Akzent auf die von außen kommenden geistigen Strömungen, aber es ist eine Illusion, wenn viele meinen, daß diese kleinen lokalen Nuancen in der Lage wären, unsere dänische Kultur in einer eventuell kommenden Europäischen Union zu erhalten. Die Elitekultur ist und bleibt ein gemeinsames europäisches Phänomen.

II.

Die Herkunft der Elitekultur bezeichnen die Namen zweier Städte: Athen und Jerusalem. Von Athen hat das seinen Ausgang genommen, was wir Humanismus nennen, die Entstehung von Wissenschaft, Theater und Philosophie. Auch die Anfänge der Demokratie und ein körperertüchtigender Sport entstanden in dieser Stadt. Daß die Griechen der Antike für die meisten dieser Kulturphänomene einen religiösen Hintergrund hatten, haben wir in Westeuropa seit der Renaissance nicht mehr beachtet. Und natürlich wandelten sich im Laufe der Geschichte Athens auch die religiösen Hintergründe, bis daraus während des Platonismus und des Hellenismus die Verehrung der Seele als eigentliche Wirklichkeit des menschlichen Daseins wurde.

Während bei den Griechen der Mensch und die von ihm geschaffene Kultur im Mittelpunkt standen, war es in Jerusalem Gott. Und schon in dem Widerspruch, den diese beiden Hauptströmungen in unserer Kultur hervorriefen, lag der Keim der Unruhe und der nicht enden wollenden Diskussion um das Leben und seine Bedingungen, die den besonderen Charakter der europäischen Kultur ausmachen.

Zu dieser Diskussion trat außerdem ein dritter Faktor hinzu: nämlich all das, was sich mit dem Namen Roms verbindet. Dieser Name steht für Rationalität, Effektivität, Disziplin, Machtpolitik, Gleichschaltung, Jura und Moral, alles was mit Regeln und Ordnung zu tun hat, mit Befehlen von oben und der Unterdrückung von Volksgruppen und den großen Unterschieden zwischen den Menschen.

Leider hat sich der westliche Teil der Kirche dem römischen Prinzip unterworfen. Als der Kaiser nach der Völkerwanderung Rom verlassen hatte, übernahm der Bischof in dieser Stadt seine Herrscherstellung. Auch der Kaiser fungierte ja als Gottes Repräsentant auf der Erde, und der Papst nahm allmählich eine ökonomische und politische Machtstellung ein, die derjenigen des Kaisers vergleichbar war.

Daß das Papsttum auf diese Weise in einen tiefen Gegensatz zu jenem Christus geriet, der erklärt hatte, sein Reich sei nicht von dieser Welt, mußte zur Folge

haben, daß die europäischen Auseinandersetzungen noch eine weitere Dimension erhielten und daß mit einem zusätzlichen Widerspruch zu kämpfen war. Neben den Gegensatz zwischen dem menschenzentrierten Humanismus Athens und dem Gott-zentrierten Christentum Jerusalems trat Roms juristische, machtbestimmte Rationalität und Effektivität. Deshalb sind wir in Europa niemals richtig »fertig« geworden, deshalb sind wir niemals zu einem Abschluß oder einer endlichen Wahrheit hinsichtlich des menschlichen Lebens und seiner Bedingungen gekommen, sondern müssen die Erörterung fortsetzen oder direkt zum Aufruhr gegen eine unterdrückende, gleichgeschaltete Machtstruktur schreiten.

Europas ewige seelische Unruhe hatte gleichzeitig eine unerschöpfliche Schaffenskraft und Kreativität zur Folge – sowohl auf wissenschaftlichem wie auch auf religiösem und auf politischem Gebiet. Europa erstarrte niemals.

Der spanische Denker Salvador de Rojo Madariagay hat auf diese permanente Bewegung in der europäischen Kultur hingewiesen. Er charakterisierte Asien als den Teil der Welt, der auf die Seele und das ewige Leben starrt, und Afrika als denjenigen, wo man sich an die Erde und ihre Naturmächte gebunden fühlt. Europa – erklärt Madariagay – sei von beidem geprägt, sowohl von der Erde als auch vom Himmel, sowohl von Natur als auch von Geist. Und durch den unaufhörlichen Versuch, beides zu vereinigen, entsteht die fruchtbare Bewegung der europäischen Kultur.

Wenn heute in wohlmeinender Absicht davon gesprochen wird, daß Dänemark und der Norden aus ihrer Isolation heraustreten sollten, um sich in der Europäischen Gemeinschaft Geltung zu verschaffen, so dürfen dabei auf keinen Fall solche Ansprüche erhoben werden wie jene, die wir von seiten der EG hören und die darauf hinauslaufen, daß die zwölf EG-Länder und Europa identisch sind. Noch weniger akzeptabel erscheinen mir Auffassungen, die davon ausgehen, daß ein gemeinsames EG-Nationalgefühl von einer gemeinsamen europäischen Kultur getragen werden sollte. Europa ist sowohl geographisch als auch geistig größer als die zwölf westeuropäischen Länder, weil es sowohl den bislang isolierten Norden als auch die Sowjetunion und die noch von ihr beherrschten Teile Osteuropas umfaßt. Zu Europa gehören also auch der Norden und der Osten. Und wenn es eine Zukunft für das Europa geben soll, das zuvor unablässig in geistiger Bewegung gewesen ist, dann hat es keinen Zweck, diese Bewegung durch jene kulturelle und politische Versteinerung zu stoppen, die EG heißt. Vielmehr braucht Europa neue geistige und politische Inspirationen sowohl aus dem Norden wie auch aus dem Osten.

III.

Daß der Norden Europa Inspirationen geben kann, darüber war sich bereits

Grundtvig klar. Er war keineswegs ein dänischer oder nordischer Nationalist oder gar Isolationist. Er schrieb z. B. niemals eine Geschichte Dänemarks oder des Nordens, sondern dreimal das, was er eine Welt- oder Universalgeschichte nannte, und was vom damaligen Horizont aus faktisch eine europäische Geschichte war. Und er verkündete unermüdlich, daß nun die Zeit gekommen sei, wo der Norden in die Weltgeschichte eintreten und sein besonderes Lebensverständnis geltend machen sollte. Er meinte damals, daß das Eintreten des Nordens in die Geschichte mit dem 19. Jahrhundert eingeläutet worden sei, aber heute sieht es ja nun so aus, als ob dies erst mit Beginn des 21. Jahrhunderts der Fall sein wird.

Was der Norden nach der Auffassung Grundtvigs beitragen kann, ist die folkelighed, jener große Gedanke, daß alle Kultur, Politik und Ökonomie von unten her wachsen muß. Damit sagte Grundtvig der ganzen Elitekultur Europas, einer autoritären Kirche und einer absolutistischen Herrschaft den Kampf an. Er stellte sich einer Ökonomie entgegen, die von unkontrollierten Finanzfürsten und industriellen Machtzentren beherrscht wird. Folkelighed ist nämlich nicht »nur« eine geistige Angelegenheit. Wenn sie das wird, so wird sie in unseren Seelen verrotten. Folkelighed verlangt nach Grundtvigs Auffassung Taten, sie muß also in die Wirklichkeit umgesetzt werden und die ganze Gesellschaft »durchsäuern«. In Abkehr von der europäischen Elitekultur gelang es Grundtvig, überall im Norden seine von folkelighed geprägten Volkshochschulen zu errichten, aber sein Ziel ging in Wirklichkeit noch darüber hinaus: Er wollte die Elitekultur einer Menschensicht aus der Perspektive der folkelighed unterwerfen, und das sollte auf einer ganz neuen und andersartigen nordischen Universität geschehen, die in Göteborg errichtet werden sollte.

Grundtvig war dabei auf allen Gebieten ein entschiedener Gegner jenes Roms, das Westeuropa allzusehr geprägt hat. Er war ein politischer Gegner Roms, weil es von einer »Räuberbande« beherrscht wurde, die bereits in der Antike zahlreiche Volksgruppen unterdrückte und auslöschte (und was wird die heutige »Römische Union« wohl machen?). Grundtvig war darüber hinaus auch kirchlich ein entschiedener Gegner Roms, weil ein von oben kommendes Diktat in Glaubensfragen ihm als schwerwiegende Verletzung des eigentlichen Christentums erschien, das Freiheit und Freiwilligkeit voraussetzt. Und er war ein entschiedener Gegner Roms, weil er jene Rationalität haßte, die nach und nach zum entscheidenden Faktor sowohl in unserer Kultur als auch in unserem gesellschaftlichen Leben und in unserer Produktion geworden ist.

Der Norden hat sich, so meinte Grundtvig, in vieler Beziehung von Rom freigehalten, und das war der Grund dafür, daß er eine Erneuerung der europäischen Geschichte für den Fall erwartete, daß der Norden in sie eintreten würde. Als ehemaliger Jurastudent vergesse ich nicht, wie es einmal während

einer Vorlesung aus unserem Professor für römisches Recht herausbrach: »Wir Dänen sollten stolz darauf sein, daß das römische Recht niemals weiter als bis zur Eider gekommen ist.« Ich erinnerte mich damals an die Inschrift über dem südlichen Tor der Festung Rendsburg: »Eidora Romani Terminus Imperii« (die Eider ist die Grenze des Römischen Reiches). Das römische Recht war ja durch Anordnung von oben, vom göttlichen Kaiser, entstanden, während sich unser dänisches Recht auf Grund der Diskussionen des eigenen Volkes auf dem Ting, also von unten her, herausbildete. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß die Volksherrschaft im Norden und in jenem England, das Grundtvig »den ausgewanderten Norden« nannte, besonders günstige Entwicklungsmöglichkeiten fand.

Darüber hinaus hat eine von unten wachsende folkelighed nach Grundtvigs Auffassung aber noch einen viel tieferen Inhalt. In seine weltgeschichtliche Betrachtungsweise ging nämlich die Überzeugung ein, daß Gott, der der Schöpfer des Lebens und der Geschichte ist, jedem einzelnen Volk einen besonderen Volksgeist oder einen Engel, wie er es nannte, geschenkt hat. Ein Engel ist ja ein Bote Gottes. Und jedem einzelnen Volk wurde also nach Grundtvig eine besondere Botschaft überbracht, welche Aufgabe es nach Möglichkeit lösen soll. Die Aufgaben sind von Volk zu Volk verschieden, aber alle zusammen sollen wie die Instrumente in einem großen Symphonieorchester harmonisch Zusammenwirken und uns einen Eindruck davon vermitteln, welchen ungeheuren Reichtum die vielen Varianten des Volkslebens für uns alle bedeuten, wenn wir der Musik der gesamten Menschheit zuhören und uns darüber freuen. Eine solche Betrachtungsweise entspricht dem, was Grundtvig als universalhistorisch bezeichnete.

Der Engel – oder Bote – teilt sich den Völkern durch ihre Mythen und Sagen mit. Sie lassen erkennen, auf welche Weise das einzelne Volk leben sollte und welches Ziel es bei der Fortentwicklung der Gemeinschaft anzustreben hat. Ein Volk wie das deutsche könnte der Menschheit beispielsweise zeigen, wie das Leben von Fleiß und Pflichtgefühl getragen wird, ein zweites Volk – zum Beispiel das französische – könnte einen eleganten Intellektualismus zu seiner Tugend machen, ein drittes Volk (die Engländer?) könnte der Welt zeigen, was gesunde Vernunft und ruhiges Überlegen bedeuten, und ein viertes Volk könnte dartun, welche Bedeutung Mut und Tapferkeit zukommt.

Grundtvig hatte keinen Zweifel daran, welches Ziel der dänische »Engel« unserem Volk gewiesen hat. Und er meinte, es in der Sage über König Skjold erkannt zu haben. Am Anfang der meisten Ausgaben des Volkshochschul-Gesangbuches steht daher auch ein Gedicht von Grundtvig, das er »Dänemarks Engel« genannt hat und bei dem es um König Skjold geht. Grundtvig verfaßte das Gedicht im Jahre 1849 als Schluß für einen Artikel in der Zeitschrift »Danskere«. Der Anlaß dafür

war, daß unser Volk zu dieser Zeit keinen Nachfolger für den Königsthron hatte, weil vorauszusehen war, daß das oldenburgische Königsgeschlecht mit Frederik VII. aussterben würde, der im Jahr zuvor den Thron bestiegen hatte. Grundtvig erinnerte nun 1849 in seinem Artikel an jene Sage, nach der Odin ein Schiff nach Dänemark sandte, welches außer einem kleinen Jungen, der auf einem Schild (dänisch: skjold) in einer Korngarbe lag, niemanden an Bord hatte. Und vor jenem Hintergrund diskutierte Grundtvig die Frage, wer Dänemark dieses Mal bei der Lösung des Nachfolgeproblems helfen könnte, wenn Frederik VII. einmal sterben würde. Er ging dabei eine Reihe verschiedener Möglichkeiten durch: So erwähnte er deutsche Prinzen und Herzoge, die entfernt mit dem dänischen Königshaus verwandt waren, lehnte sie aber schließlich alle ab, da ein Deutscher auf dem dänischen Thron damals ein unmöglicher Gedanke gewesen wäre. Er lehnte aber auch einen schwedischen Prinzen ab, weil die Schweden Dänemark 1848 nicht zur Hilfe kamen, als Jütland von den Deutschen besetzt war. Dagegen konnte Grundtvig sich vorstellen, daß einer der Söhne der britischen Königin Viktoria den dänischen Thron besteigen würde. Zum einen hatte er ja eine besondere Vorliebe für England, und zum anderen würde ein englischer Prinz wie König Skjold zu Schiff nach Dänemark kommen. Und Grundtvig war sich sicher, daß ein englischer Prinz Glück und Zufriedenheit nach Dänemark bringen würde.

Das ganze verlief nicht so, wie Grundtvig es sich gewünscht hat. Aber hinter seiner Auffassung stand die Sage um König Skjold, die Grundtvig auf die Weise interpretierte, daß es der Wille des Volksgeistes – oder von Gottes Engel – sei, daß in Dänemark das Kindliche oder die Milde herrschen sollte. Es ist also die historische Aufgabe unseres Volkes, der Welt zu zeigen, wie das menschliche Leben unter den Vorzeichen von Milde und Sanftmut aussieht. Das macht unser Volk nun nicht besser als irgendein anderes, weil die anderen ja ebenso wie wir ihre gottgegebenen Aufgaben haben.

Wir haben uns auch bemüht, die Botschaft der Sage – oder unseren göttlichen Auftrag – in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir haben es durch die nahezu unbegrenzte Freiheit in allen geistigen Angelegenheiten, durch unsere freien Schulen für Kinder und Jugendliche sowie durch unsere ganze soziale Ordnung getan, die das Ziel hat, daß »selbst die Geringsten unter den Kleinen Anteil an den Freuden des Lebens haben«. Ein anderer Dichter hat uns denn auch als ein Volk charakterisiert, daß »am glücklichsten bei der Mildtätigkeit« ist.

Dabei ist jedem einzelnen Volk auf der Erde ein Ziel für sein historisches Streben vorgegeben, das von Gott stammt. Eine solche Betrachtungsweise ist anti-nationalistisch. Und wenn heute davon gesprochen wird, daß die Zeit der Nationen und damit der Nationalstaaten in Europa vorbei ist, so müssen wir aus der Sicht des Nordens darauf antworten, daß wir niemals irgendwelche Aktien im Geschäft des Nationalismus hatten, ja, daß wir im Grunde nicht einmal das Wort »national«

leiden können. Wir gebrauchen stattdessen das Wort folkelig. Und wenn die nationale Zeit vorbei sein sollte, dann antworten wir, daß das wohl möglich ist, daß aber die Zeit der folkelighed erst gerade beginnt. Eine Betrachtungsweise, die auf der folkelighed basiert, ist daher eine Betrachtungsweise der Zukunft, was jeder klar erkennen kann, der heute jene Kräfte näher betrachtet, die Europa und die Welt in Bewegung halten. Überall erheben sich Völker gegen die Unterdrückung. Das gilt für die Sowjetunion ebenso wie für Westeuropa und die übrigen Teile der Welt.

Jene Betrachtungsweise, die auf der folkelighed basiert, hat sich im Norden am deutlichsten herausgebildet, wo auch die nationalen Bewegungen, die zur Zeit der Romantik und unter Napoleons europäischem Imperium entstanden, einen ganz anderen Verlauf nahmen als im übrigen Europa. Die sogenannten National-Liberalen fanden im deutschen und italienischen Volk die meisten Anhänger, insbesondere unter den Akademikern und im Bürgertum. Das Ziel war die Sammlung des deutschen und italienischen Volks unter einer demokratischen Verfassung. Das große Jahr der National-Liberalen war 1848, als es überall in Westeuropa zu Revolutionen kam. Ähnliches geschah auch in Dänemark, wo es gelang, eine freie Verfassung durchzusetzen, aber daneben war auch schon eine Bewegung von unten – vor allem unter den Bauern und anderen kleinen Leuten – in Gang, und diese Bewegung bestimmte insbesondere nach der Niederlage von 1864 die weitere Entwicklung und schuf die freien Schulen und Gemeinden. Es war daher eine Bewegung von unten, die unsere weitere Entwicklung prägte, während das National-Liberale in Wirklichkeit etwas war, das von oben kam, also von den Akademikern und den reichen Bürgern, die sich ja dann auch bald der Rechten anschlossen.

Wenn wir heute auf der Schwelle zum Eintritt nach Europa stehen, so ist der originelle Beitrag des Nordens zur europäischen Kultur also die Betrachtungsweise der folkelighed mit ihren freien Schulen und Gemeinden.

Grundtvig forderte Respekt für die Vielfalt der Völker: »Wir müssen die Gleichförmigkeit und die Zentralisation beseitigen«. Und das gilt nicht nur für den Norden, wo jeder Gedanke an einen skandinavischen Einheitsstaat aufgegeben werden muß, sondern für ganz Europa. So erklärte Grundtvig 1845 in einer Rede vor der Skandinavischen Gesellschaft, daß »mehr geistige Gemeinsamkeit, mehr griechische Einheit in jenen unruhigen Tagen der kleinen Königreiche und Staaten vorhanden war als heute, wo Hellas und der Peloponnes einen Staat bilden ... Das menschliche Leben soll sich in jeder Beziehung frei und auf Grundlage der folkelighed entfalten«.

In diesem Punkt stimmt auch Madawagay mit Grundtvig überein, wenn er erklärt, daß »die verschiedenen nationalen Erscheinungen Europas kostbarster Schatz sind, und wir darauf achten müssen, daß dieser Schatz erhalten bleibt.«

Folkelighed bedeutet nach Grundtvig »folke-lighed« (Volks-Gleichheit). Und folkelighed »löst ohne Probleme die Rätsel der Gleichheit«. Sie tut das, indem sie die vorherrschende tote Rationalität in unserer westeuropäischen Lebensauffassung bekämpft, wie sie von humanistischen und akademischen Kreisen hervorgebracht wird. Folkelighed setzt dagegen auf die eigenen geistigen Erfahrungen des Volkes, die in Mythen, Sagen und Abenteuern ihren Niederschlag gefunden haben. Erkenntnisse über das Leben sollen von unten kommen, aus dem Volk selbst heraus, damit alle Menschen daran Anteil haben können.

Die Vermittlung einer solchen, von unten kommenden Lebensauffassung ist die andere große Aufgabe des Nordens in Europa. Die skandinavischen Völker sollen eine Entwicklung herbeiführen, die darauf hinausläuft, daß »das Licht nicht länger die Toten bescheint, sondern vor allem das Lebende bestrahlt und auf diese Weise das menschliche Leben in seiner Tiefe und rätselhaften Entwicklung in Hinblick auf den Einzelnen, die Völker und das ganze Menschengeschlecht durchdringen ... alles was nicht auf folkelighed basiert, ist schädlich, alles, was nicht natürlich ausfällt, ist verderblich, und eine Aufklärung ohne Leben ist schlimmer als ein Leben ohne Aufklärung, weil das Lebende in der Dunkelheit existieren kann, eine tote Klarheit aber niemals lebendig wird.« Die Gleichheit hat natürlich auch eine soziale Dimension. Eine Geisteshaltung ohne soziale Konsequenzen bringt nur allzu leicht leere Phrasen hervor. Und die skandinavischen Völker haben sich daher ebenfalls bemüht, eine Gesellschaft zu schaffen, die dem harten Kapitalismus seine Stacheln zieht und die den Armen und Schwachen Lebensmöglichkeiten und die Teilhabe an wirtschaftlichen Gütern gewährt. Und die Bewahrung einer gesellschaftskritischen Haltung ist eine doppelte Notwendigkeit, wenn der innere Markt mit seiner rauhbeinigen Konkurrenz Europa beherrschen wird.

Grundtvigs Traum, daß die folkelighed die europäische Geschichte prägen könnte, scheint sich heute der Erfüllung zu nähern. Mit kaum verborgener Schadenfreude beobachten die Westeuropäer, wie die Völker in der sowjetischen Union einen Weg aus der Unterdrückung heraus zu finden versuchen. Die Armenier, Ukrainer, Letten, Litauer und Esten sind dabei ja nur ein Vortrupp jenes Freiheitsheeres, das in den Kampf treten und das einschnürende Band der Union sprengen wird. Die Polen, Ungarn und Tschechoslowaken in den sogenannten Vasallenstaaten werden sich ihnen anschließen.

Aber Westeuropa hat bestimmt keinen Grund, sich moralisch über die Sowjetunion zu erheben. Die sogenannten Nationalstaaten, die Dänemarks Ministerpräsident Schlüter kürzlich zum Tode verurteilt hat, haben sich im großen und ganzen auch nicht an die Grundsätze der folkelighed gehalten. Denn Iren, Schotten, Waliser, Bretonen, Elsässer, Okzitanier, Basken, Korsen, Südtiroler, Sizilianer, Sarden usw. werden doch ebenfalls von Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien

unterdrückt. Nur die skandinavischen Länder und in gewissem Umfang die Balkanstaaten sind von jener Freiheit geprägt worden, der die Zukunft gehört, wobei dies für den Balkan nur auf Grund der Unterstützung von russischer Seite gilt.

Wenn man also erklärt, daß die Zeit der Nationalstaaten vorbei ist, so muß man hinzufügen, daß die Zeit der folkelighed jetzt erst beginnt.

IV.

Der Reichtum der europäischen Kultur liegt wie gesagt in der permanenten Unruhe und Veränderung, die mit den inneren Gegensätzen zwischen ihren ursprünglichen Ausgangspunkten zusammenhängt. Deshalb ist es vollkommen oberflächlich, wenn man in der heutigen Auseinandersetzung die EG mit Europa identifiziert. Und das gilt nicht nur aus geographischen Gründen – Europa umfaßt ja auch den Norden und alles, was wir heute noch »Osteuropa« nennen –, sondern vor allem aufgrund der Geschichte und der geistigen Grundlagen. Die EG ist nämlich im Vergleich zum lebendigen Europabild der Geschichte zu römisch und uniformiert – oder »harmonisiert«, wie es in der EG-Sprache heißt. Und das gilt nicht nur auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem, sondern auch auf kulturellem Gebiet. Das Kulturverständnis der EG ist zu autoritär, intellektuell und von Elitegedanken geprägt, als daß es für die erwachenden Volksbewegungen in Ost und West fruchtbar gemacht werden könnte. Das Kulturverständnis der EG ist seiner Grundhaltung nach einfach zu westeuropäisch, und ich glaube nicht, daß es ohne Inspiration aus dem bislang weitgehend verborgenen Geistesleben in Osteuropa überleben kann.

Osteuropa hat sich sowohl in kirchlicher als auch in kultureller Hinsicht anders entwickelt als jenes Westeuropa, das von Rom beherrscht wurde. Die östliche Kirche war nicht bereit, sich dem Papst in Rom zu unterwerfen, und hat niemals eine starke organisatorische Einheit angestrebt, sondern bewahrte sich eine innere Vielfalt im Nahen Osten, in Ägypten, auf dem Balkan und in Rußland.

Als Rußland im Anschluß an die Tatarenherrschaft größer wurde und Konstantinopel von den Türken erobert worden war, übernahm der Zar in Moskau das Erbe des östlichen Kaiserreiches und damit die Aufgabe eines Beschützers des orthodoxen Christentums. An den Zar wandten sich daher nun seine Glaubensgenossen auf dem Balkan, in Kleinasien und im Nahen Osten mit ihrer Hoffnung und Sehnsucht nach Befreiung. Dabei entwickelte sich in Rußland ein Glaube an die erlösende Aufgabe der orthodoxen Kultur in Abgrenzung zu einem Westeuropa, das sich aufgrund von Irrglauben, Gottlosigkeit, Geldvergötzung und individualistischer Befreiungsversuche von allen geistigen Werten scheinbar auf dem Weg der Selbstauflösung befand.

Die Orthodoxie in der Ostkirche unterscheidet sich dabei grundlegend von der

westlichen Lehrauffassung. Denn der orthodoxe Christ betrachtet Gott nicht von außen oder versucht ihn gedanklich zu erfassen, sondern erlebt ihn. Der orthodoxe Christ ist zusammen mit Gott, ja er lebt in Gott, so wie Gott in ihm lebt. Der Inhalt des Gottesdienstes liegt darin, daß Christus lebendig gemacht wird, sich in seinen Worten erneut inkarniert und damit den Menschen auf wunderbare Weise göttlich macht. So wie Christus zusammen mit uns Mensch wird, so werden wir im Gottesdienst zusammen mit ihm göttlich.

Das römische Element in der westlichen Kirche tritt dagegen in juristisch-moralischen Gedankengängen hervor, die die Übertretung von Geboten zum Gegenstand haben und deren Verkündigung deshalb von einer Theologie der Sünde und Gnade geprägt wird. Danach sind die Menschen ungerecht, und da sie das Gesetz nicht aus eigener Kraft erfüllen können und deshalb zum Verderben verurteilt sind, mußte Gottes eigener Sohn Mensch werden und jenes Sühneopfer bringen, das den strengen Gott besänftigen kann. So sieht ja die westliche Theologie aus, die ganz deutlich von einer juristischen Konstruktion geprägt ist, die ich persönlich niemals gutheißen konnte, und die auch von anderen Anhängern Grundtvigs angezweifelt worden ist.

Die östliche Kirche kennt keine derartige Theologie der Sünde und Gnade. Für sie sind Leben und Tod die entscheidenden Gegensätze, und Ostern ist deshalb ihr höchster Feiertag. Der Mensch ist Tod und Vergänglichkeit unterworfen, und das ist sein Unglück, weil er mit seiner Liebe und Lebenslust nach Unsterblichkeit strebt. Deshalb ist jener Gott, der auf der Erde Mensch wurde und im Reich der Toten den Tod überwand, die einzige Hoffnung des Menschen auf Befreiung. Im Zusammensein mit Christus während des Gottesdienstes strömen die Kräfte der Unsterblichkeit in den Menschen ein und ermöglichen ihm die Wiedergeburt auf gleicher Ebene mit Gott selbst.

Nach meiner Auffassung ist dieser tiefe Glaube mit demjenigen Grundtvigs und unserer heidnischen Vorfahren verwandt, die Jesus als den großen Helden auffaßten, der den Tod überwunden hatte und seine Leute an diesem Sieg Anteil haben ließ.

Die westliche Welt betrachtet das Leben von einer juristisch-moralischen Perspektive her als eine einzige Bewältigung von Pflichten. So verlangt das Leben Aktivität von uns, weil die zersetzenden Kräfte bekämpft und positive Resultate erzielt werden müssen. Die Kirche wurde daher eine *ecclesia militans*, eine kämpfende Kirche, mit einem caesarischen Aufbau und wohldisziplinierten Heerscharen: Jesuiten, Puritanern oder lutherischen Feldpriestern in Gustav Adolfs Heer. Sie waren Streiter Gottes oder die Vorkämpfer von Vernunft, Humanität und Aufklärung. Wir finden sie bei den radikalen Vorkämpfern der französischen Revolution, unter rücksichtslosen Wirtschafts-Liberalen und unter den marschierenden Brigaden der Arbeiterinternationale. Überall klingt durch

ihren kriegerischen Idealismus der Feldschrei hervor: Gott will es so! Oder mit modernen Worten: Unsere große Idee will es so! Der Führer will es so!

Die östliche Kirche war dagegen niemals bestrebt, die Welt zu verändern. Während die westliche Welt auf Grund ihrer moralischen Auffassung von Gerechtigkeit die Menschen in gute und schlechte eingeteilt hat und als äußerste Konsequenz jene ausrotten will, die einer Verwirklichung ihrer Ideen im Wege stehen, findet sich in der östlichen Kirche ein tiefes Gefühl für die gemeinsame Schuld aller Menschen. »Wir sind alle schuldig an den Sünden der anderen«, wie Dostojewski es ausgedrückt hat. Die Verbrecher sind »die Unglücklichen«, und wir tragen alle Mitverantwortung dafür, daß sie es geworden sind.

Im Westen hat sich das römische Erbe in unserer ganzen Kultur und im gesamten gesellschaftlichen Leben durch einen hochentwickelten Sinn für das Gesetz, die Organisation und die Methode festgesetzt. Unsere moderne Industrie und Technologie sind Kinder Roms. Die Liebe, von der das Christentum handelt, versuchen wir in der Praxis derart umzusetzen, daß wir durch planmäßig organisierte Arbeit den materiellen Wohlstand der Menschen erhöhen. Auf diese Weise führen wir Gottes Willen aus. Und an den steigenden Produktionsziffern können wir ablesen, daß wir von Gott auserwählt sind, als seine Werkzeuge zu fungieren. Ein Gottesglaube dieser Art stand hinter der Industrialisierung in England und seither hinter der Entwicklung in »Gottes eigenem Land«, den USA. Von der Ostkirche, die sich um den Strom göttlichen Erlebens sammelte, ging dagegen kein entsprechender Antrieb zu Aktivität und Produktion in dieser Welt aus. Ihr Blick war auf die Ewigkeit gerichtet.

Im Verlauf der Geschichte hat die Rückständigkeit Rußlands gegenüber dem wirtschaftlichen Fortschritt Westeuropas zu einer Reihe militärischer Angriffe von Westen her geführt. Und aus russischer Sicht machte es dabei keinen großen Unterschied, ob die Angriffe von Polen, Schweden, (Karl XII.), Frankreich (Napoleon), Deutschland (im Ersten Weltkrieg und in der Hitler-Zeit) oder von den alliierten Westmächten (Interventionen im Bürgerkrieg nach 1917) ausgingen. Es war stets der wirtschaftlich, militärisch und industriell überlegene Westen, der das heilige Rußland bedrohte. Und jedes Mal gelang es Rußland nur mit großer Not, ganz knapp und dank der harten Winter, sich zu retten.

Vor diesem Hintergrund ist bei den Herrschern und unter den Intellektuellen Rußlands der Gedanke entstanden, daß es notwendig sei, sich dem Westen anzupassen, um kulturell, wirtschaftlich und militärisch ein ähnliches Niveau zu erreichen. Und dieser Gedanke hat praktisch einen großen Teil der russischen Politik seit der Zeit Peters des Großen bestimmt. Er verlegte ja seine Hauptstadt an die finnische Bucht, in eine ganz neue Stadt, der er seinen Namen gab. Er lud französische Philosophen und andere Kulturpersonen ein, schaffte das orthodoxe Patriarchat ab, weil er wußte, daß die Rückständigkeit Rußlands auf die Religion

zurückging; er versuchte, stattdessen den Protestantismus einzuführen, schnitt den Russen die Bärte ab und verkürzte ihre langen Mäntel. Darüber hinaus errichtete er eine Akademie für Ingenieure, um die russische Industrie voranzubringen. Alle diese Aktivitäten zeitigten nur begrenzte Erfolge, aber es war ein Weg vorgegeben, dem die Zaren und die Intellektuellen durch das ganze 19. Jahrhundert folgten, um sich Westeuropa anzupassen.

Und das taten auch die revolutionären Marxisten unter den russischen Intellektuellen. Es ist ja nur falsche Propaganda, wenn wir die Gegensätze zwischen Ost und West heute als Gegensätze zwischen Kapitalismus und Kommunismus betrachten. Der Kommunismus ist eine westliche Ideologie, deren Ursprung in der westlichen Kirche und im westlichen Kapitalismus liegt, und die Liebe durch eine wachsende Produktion und durch eine starke politische Organisation praktizieren will. Es gibt wohl einen Unterschied hinsichtlich des Eigentumsrechts an Produktionsmitteln, aber von viel größerer Bedeutung ist die übereinstimmende Überzeugung, daß die Triebkraft der Geschichte und allen Fortschritts in der wirtschaftlichen Produktion liegt. Denn in dieser Beziehung sind die westliche und die östliche Ideologie gleichermaßen materialistisch.

Mit der katastrophalen Niederlage Rußlands im Ersten Weltkrieg hatte sich gezeigt, daß das Zarentum nicht in der Lage war, Rußland zu »modernisieren« und auf das gleiche Niveau mit Westeuropa zu bringen. Es mußte noch sehr viel radikaler vorgegangen werden, und die Machtübernahme der Kommunisten war vor diesem Hintergrund fast eine historische Notwendigkeit. Wofür wir bei der Industrialisierung in Westeuropa 150 Jahre Zeit hatten, sollte nun in ein paar Jahrzehnten bewirkt werden. Wenn man Zeit genug hat, wie es bei uns im Westen der Fall war, kann man die Industrialisierung privater Initiative überlassen. Aber in Rußland mußte der Staat sich beeilen und griff daher zum Zwang. Nur die notdürftigsten Bedürfnisse des Volkes wurden befriedigt, und der Überschuß floß in den Aufbau der Schwerindustrie, einer Flotte, des Eisenbahnnetzes, von Kanälen usw. Darüber hinaus mußte ein großes Heer unterhalten werden, um die Verteidigung sicherzustellen. Wie Peter dem Großen, so war auch den neuen Machthabern bewußt, daß die russische Kirche mit ihrer Orientierung auf die Ewigkeit den notwendigen Aktivitäten in Hinblick auf die materielle Produktion im Wege stand, und nun wurde mit noch radikaleren Methoden gegen sie vorgegangen und versucht, den kirchlichen Einfluß ganz zu beseitigen. Diese Welt und ihre irdischen Güter sollten künftig das einzige Interesse der Russen sein.

Mit dem Kommunismus und mit Stalin als dessen konsequentesten und furchtbarsten Vertreter siegte in Rußland also eine westliche Ideologie, deren Ziel eine Steigerung der Produktion und die Durchsetzung einer materialistischen Weltanschauung war. Rußland wurde in seinem Denken und in seiner Politik so materialistisch wie es der Westen praktisch schon seit langem war.

Die östliche Kirche überlebte dennoch und steht nun durch ihre Leiden gereinigt und geläutert da. Ihre geistige Macht wurde nicht zerschlagen, was übrigens auch Stalin erkannte, als er nach Hitlers Angriff 1941 im großen vaterländischen Krieg um ihre Unterstützung bat – und sie erhielt.

Gorbatschow hat dies erkannt und weiß es. Wenn sein Land aus dem wirtschaftlichen Sumpf gerettet werden soll, in den es auf Grund von Bürokratismus und Korruption geraten ist, muß er ebenfalls um Hilfe bei kirchlichen Leuten nachsuchen.

Und damit stehen wir an einem Wendepunkt in der Weltgeschichte. Jenes Rußland, das schon Peter der Große unterdrücken wollte, taucht heute wieder aus der Dunkelheit auf. Es ist das geistig durchdrungene Volk, von dem Dostojewski und eine Reihe anderer großer Dichter bis in die Gegenwart ihre Inspiration bezogen haben. Es ist jenes von folkelighed geprägte Rußland, das jetzt von unter her wachsen kann, unangefochten von dem Versuch der Intellektuellen und Machthaber, es nach Westen und zu dessen Materialismus »umzudrehen«.

Es kann dazu kommen, daß der Rahmen der Sowjetunion gesprengt wird, so wie wir es bereits bei den Befreiungsversuchen der Balten, Armenier und anderer Volksgruppen erleben. Denn die Macht der Geschichte läßt sich auf die Dauer nicht unterdrücken. Das Zeitalter der folkelighed ist auf dem Weg und wird die Zukunft beherrschen.

Wir im Westen müssen begreifen, daß gerade das geistig durchdrungene Rußland ein Teil – und zwar ein sehr wichtiger Teil – Europas ist. Wir müssen auf das hören, was im Osten vor sich geht, wenn wir wirkliche Europäer sein wollen und es vermeiden, daß wir in unserem eigenen Produktionswahnsinn und materiellen Wohlstand zugrundegehen.

Dostojewski hat in seinem »Tagebuch eines Schriftstellers« aus dem Jahre 1880 die Russen davor gewarnt, sich der westeuropäischen Politik anzupassen, und gemahnt, ein starkes russisches Heer zu unterhalten: »Denn Europa haßt und verabscheut Euch und denkt nur daran, sich Eurer Besitztümer zu bemächtigen. Die Europäer wissen, daß das russische Volk gegenüber den kapitalistischen Träumen besitzüchtiger Bürger feindlich eingestellt ist. Und die Europäer spüren, daß Rußland das neue Evangelium einer christlichen Gemeinschaft in sich trägt, das ihr bürgerliches Regime beseitigen wird.« Und in ihrem Buch über den Vater bezeichnet die Tochter Dostojewskis Rußland als das »Land der heiligen Wunder« und schreibt ihm die Aufgabe zu, »die Schätze des Glaubens offenzulegen« und »Europas Atheismus zu bekämpfen und diesen Teil der Erde von seiner tödlichen Krankheit zu heilen.«

Solche Gedanken erscheinen mir heute aktueller als je zuvor. Sie wurden bereits von dem französischen Philosophen Leon Bloy geteilt, der am Ende des letzten Jahrhunderts als Katholik gegen die Gottlosigkeit der französischen

Kulturradikalen stritt. Jørgen Bukdahl hat Leon Bloy oft zitiert, am häufigsten mit folgenden Worten, die aufgrund der letzten Entwicklung in Rußland so außerordentlich aktuell geworden sind:

»Nun warten wir auf die Kosaken und den Heiligen Geist.«

Dieselbe Erwartung drückt sich auch in einem Psalm von Grundtvig aus:

og ved glimt af Vestens stjerne
skimtes morgenrødens guld i øst;
derfor aftensangen
smelten hen in klangen
af guldkammes hanegald.

und mit dem Schein der Sterne des Westens
erscheint ein Gott der Morgenröte im Osten;
deshalb schmilzt der Abendgesang
dahin in dem Klang
vom Hahnenschrei zu Gottes Kommen.

Der Hahnenschrei zum Sieg des Lebens über den Tod kann das Geschenk der russischen Kirche an Westeuropa sein, das dabei ist, in der Wüste des Materialismus zu verdursten.

Aus dem Dänischen übertragen von Klaus Bästlein

Dänisch*

1. *Dänisch und die anderen skandinavischen Sprachen*

Die dänische Sprache gehört zum nordgermanischen, ostnordischen Zweig des indogermanischen Sprachstamms. Am engsten ist Dänisch mit Hoch-Norwegisch (bokmål) verwandt, das in der Zeit des gemeinsamen dänisch-norwegischen Staatsverbandes (1387-1814) aus dem Dänischen hervorgegangen war, so daß es zwischen Norwegern und Dänen in der Regel weder schriftlich noch mündlich Kommunikationsprobleme gibt.

Etwas weiter vom Dänischen entfernt liegt das Schwedische, das in Wortschatz, Idiomatik und Satzbau stärker abweicht, aber für einen Dänen dennoch in kurzer Zeit beherrschbar bleibt. Norweger, Schweden und Dänen praktizieren bei einem Zusammentreffen deshalb eine Art skandinavische Mischsprache (fælleskandinavisk). Im Schriftverkehr wendet jeder seine Muttersprache an. Alt-Norwegisch (nynorsk, in der Praxis von geringerer Bedeutung), Färöisch und Isländisch gehören zu den westnordischen Sprachen und sind von den Dänen, Schweden und Norwegern nicht ohne längere Lernzeit zu verstehen. Finnisch fällt als Sprache der finnisch-ugrischen Sprachfamilie ganz aus dem Rahmen der übrigen Sprachen Skandinaviens.

Aufgrund der geringeren Musikalität im Vergleich zum Norwegischen und Schwedischen gilt Dänisch allgemein als die schwierigste dieser drei skandinavischen Sprachen. Im Interesse der vielfältigen nordischen Zusammenarbeit werden exemplarische Dänisch-Texte auch im Schulunterricht der anderen skandinavischen Länder sporadisch durchgenommen; als durchgehende Fremdsprache wird Dänisch allerdings nur in Grönland und auf den Färöer-Inseln (beide gehören zum dänischen Staatsverband), auf Island und an zahlreichen öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein unterrichtet. Eine Sonderstellung nehmen die 53 Privatschulen der dänischen Minderheit im nördlichen Schleswig-Holstein ein, deren Schüler zwar überwiegend Deutsch als Muttersprache haben, wo aber dennoch der gesamte Unterricht in dänischer Sprache erteilt wird.

Dänemark ist das einzige skandinavische EG-Mitglied. Der dänischen Sprache (mit ihrem leichten Zugang zu Norwegisch und Schwedisch) kommt somit nicht nur im deutsch-dänischen Grenzraum eine besondere europäische Bedeutung zu. Gute, über das Touristenniveau hinausgehende dänische Sprachkenntnisse sind

* Zuerst erschienen in: Handbuch Fremdsprachenunterricht, hrsg. v. Karl-Richard Bausch, Herbert Christ, Werner Hüllen, Hans-Jürgen Krumm, Tübingen: Francke Verlag 1989, S. 291-295.

bei grenzüberschreitenden Kontakten von großer praktischer (und psychologischer) Bedeutung, zumal der Deutschunterricht in Dänemark in den vergangenen Jahrzehnten drastisch reduziert worden ist.

2. *Wer lernt Dänisch?*

– Die dänische Minderheit. Die im nördlichen Schleswig-Holstein lebende dänische Minderheit (mit meist deutscher Muttersprache und deutscher Staatsangehörigkeit) betreibt in ihren Schulen, Kindergärten, Kirchen, Freizeithäusern und Vereinen eine umfangreiche und intensive Arbeit zum Erwerb und Ausbau dänischer Sprachkenntnisse. Dänisch ist hier also nicht Fremdsprache im üblichen, schulischen Sinne, sondern wird von den Kindern bereits im dänischen Kindergarten durch Spiel und Kontakt mit dänischsprachigen Erwachsenen als frühe Zweitsprache erworben. (Informationen: Dänisches Generalsekretariat, Flensburg). Mit eigenen VHS-Abendkursen (Dänisch als Fremdsprache) wendet sich die dänische Minderheit sowohl an eigene, deutschsprachige Mitglieder als auch an Sympathisanten (und spätere mögliche Mitglieder und Wähler) aus der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Jährlich werden etwa 150 dänische Sprachkurse mit rund 2000 Teilnehmern angeboten.

– Dänisch in der Erwachsenenbildung (VHS). An 90 Volkshochschulen des Landes Schleswig-Holstein wurden 1986 371 Dänischkurse mit 8796 Unterrichtsstunden und 4645 Teilnehmern durchgeführt. Damit rangiert Dänisch gleich hinter Englisch auf Platz 2 des Fremdsprachenangebots. Weiter nach Süden nimmt das Interesse an der dänischen Sprache naturgemäß ab. Die Motive für die Teilnahme an dänischen VHS-Kursen sind touristischer, praktischer, historischer oder familiärer Art. Dänemark ist beliebtes Urlaubsland für norddeutsche Besucher. Auch für Kurzurlaube und Einkaufsbesuche reist man gern nach Dänemark. In weiten Teilen Schleswig-Holsteins sind der dänische Rundfunk und das dänische Fernsehen zu empfangen, so daß Sprachkenntnisse das Medienangebot ausweiten. Im grenznahen Bereich gibt es aufgrund zahlreicher Kontakte mit Dänen auch ein praktisch-berufliches Bedürfnis nach dänischen Sprachkenntnissen: Zoll, Post, Polizei, Speditionsgewerbe, Einzelhandel, Verwaltung. Die jahrhundertelange Zugehörigkeit Schleswig-Holsteins zum dänischen Gesamtstaat (bis 1864; die heutige Grenze wurde erst 1920 gezogen) bedingt eine enge historische Bindung an Dänemark. Zahlreiches Schrifttum und Archivmaterial ist nur in dänischer Sprache überliefert, so daß der historische Interessierte dänische Sprachkenntnisse benötigt. Des weiteren führen verwandtschaftliche Verflechtungen über die Grenze hinweg und zu Angehörigen der dänischen Minderheit zu dem Wunsch nach dänischen Sprachkenntnissen. Schließlich sei in der Erwachsenenbildung noch das dänische Kulturinstitut mit seinen Sprach- und Landeskunde-Kursen erwähnt: Det danske Selskab –

Dänisches Institut für Information und kulturellen Austausch, Arndtstraße 30 A, 4600 Dortmund.

– Dänisch an den öffentlichen Schulen des Landes Schleswig-Holstein. Erst seit etwa 15 Jahren entwickelt sich der Dänisch-Unterricht an den öffentlichen Schulen frei und ohne historisch-politische Belastung. Zwischen 1970 und 1980 erschienen die ersten Lehrpläne für die drei Schularten. Die deutsch-dänischen Auseinandersetzungen um Schleswig-Holstein und die politischen Bestrebungen der dänischen Minderheit im Raum Flensburg ließen lange Zeit nicht zu, Dänisch als neutrales Unterrichtsfach zu betrachten: die Wahl des Dänischen wurde mißtrauisch fast als »Landesverrat« aufgefaßt. Die Entkrampfung und Entspannung des deutsch-dänischen Verhältnisses hat erst ermöglicht, Dänisch gleichberechtigt an die Seite der anderen Unterrichtsfächer zu stellen.

An 16 Hauptschulen der grenznahen Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg sowie der Stadt Flensburg wurden im Schuljahr 1986/87 35 dänische Arbeitsgemeinschaften mit 429 Schülern durchgeführt. In der Regel ist Dänisch also zweite Fremdsprache nach Englisch. In Einzelfällen können Dänischkenntnisse zu verbesserten Berufschancen der Hauptschüler (z. B. Einzelhandel) führen. An drei Hauptschulen wird Dänisch neuerdings auch statt Englisch ab Klasse 5 angeboten. Dies ist im Hinblick auf die Parallelität der Orientierungsstufe (Schrägversetzungen zur Realschule oder zum Gymnasium) und im Hinblick auf andere Abschlüsse nicht unproblematisch. Umfangreiche Erfahrungen liegen hier allerdings noch nicht vor.

An 25 Realschulen des Landes erhielten im Schuljahr 1986/87 1763 Schüler der Klassen 7-10 Dänischunterricht. Alternativ zu Französisch wird Dänisch in den Klassen 7 und 8 als Wahlfach und in den Klassen 9 und 10 als Wahlpflichtkurs mit 3-4 Wochenstunden angeboten. Die meisten dieser Realschulen liegen in Grenznähe; jedoch bieten auch zwei Lübecker Realschulen Dänisch an, was die traditionelle Ostsee-Orientierung der Hansestadt aufgreift. Schüleraustausch, Briefwechsel und landeskundliche Exkursionen sind nun auch sprachlich möglich. Das Berufsprofil von Realschul-Absolventen läßt dänische Sprachkenntnisse besonders nützlich erscheinen, so daß Dänisch dort, wo die betreffende Schule es anbietet, etwa gleich viele Schüler wie Französisch anzieht. Da das Fach in den Klassen 9 und 10 (im Gegensatz zur Hauptschule) zeugnis- und versetzungsrelevant ist, wird es auch im Schulalltag von Schülern, Lehrern und der Schulleitung entsprechend ernstgenommen.

An fünf Gymnasien im nördlichen Landesteil ist Dänisch als Schulfach vertreten. Im Schuljahr 1986/87 nahmen 252 Schüler an diesem Unterricht teil. 1972 hatte ein Flensburger Gymnasium mit Dänisch-Kursen begonnen. Wo es die Zahl der Fachlehrer zuläßt, wird Dänisch am Gymnasium als dritte Fremdsprache in den Klassen 9 und 10, als Grundkurs der Oberstufe (3. Fremdsprache) oder als

Leistungskurs der Oberstufe (ebenfalls als 3. Fremdsprache) angeboten. Aufgrund der Vertrautheit mit anderen modernen Fremdsprachen und aufgrund der möglichen schnellen Progression erzielt der gymnasiale Dänischunterricht gute Ergebnisse. Nicht wenige dieser Abiturienten mit dänischen Sprachkenntnissen haben inzwischen ein Studium in Skandinavien oder ein Studium mit Nordistik als Haupt- oder Nebenfach an einer deutschen Hochschule aufgenommen.

– Dänisch an deutschen Hochschulen. Eine Reihe von wissenschaftlichen Hochschulen und Universitäten des deutschen Sprachraums bietet Lehramtsstudiengänge für das Fach Dänisch oder Nordistik-Studiengänge (Hauptsprache Dänisch) mit Abschlüssen wie Magister und Promotion an. An der Pädagogischen Hochschule Flensburg studierten im Sommersemester 1987 31 Studenten das Fach Dänisch; 15 streben die Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen und 16 für das Lehramt an Hauptschulen an. An der Pädagogischen Hochschule Flensburg befindet sich auch der einzige Lehrstuhl für Methodik und Didaktik des Dänischunterrichts außerhalb Dänemarks. An der Universität Kiel studierten im Sommersemester 1987 60 Studenten Nordische Philologie (Nordistik) mit Dänisch als Hauptsprache. Davon streben 7 Studenten die Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen an; 10 Studenten bereiten sich auf die Staatsprüfung für das Höhere Lehramt (Gymnasium) vor, während 40 Studenten den Magister und 3 die Promotion anstreben. Nach abgeschlossenem Lehramtsstudium absolvieren die Kandidaten ihren Vorbereitungsdienst (Referendarzeit) an den jeweiligen Studienseminaren in Flensburg. Die späteren Einstellungsmöglichkeiten sind z. Z. noch relativ günstig, da der Dänischunterricht an allen Schularten ausgebaut wird. Vorübergehende Arbeitslosigkeit konnte in den vergangenen Jahren häufiger überbrückt werden, weil junge Lehrer mit Dänischkenntnissen für Archivarbeit oder in Vereinigungen und Firmen mit grenzüberschreitender Tätigkeit Verwendung fanden. Weitere Schwerpunkte der Nordischen Philologie (ohne Lehramtsstudiengänge) sind die Universitäten Hamburg, Bochum, Münster, Göttingen, Marburg, München, Zürich, Wien und Greifswald.

3. Sprachspezifische und unterrichtliche Besonderheiten

Die hochdeutsche und niederdeutsche Regionalsprache im nördlichen Schleswig-Holstein ist durch ein dänisches Substrat gekennzeichnet. Erst im 19. Jahrhundert war in einigen Gebieten der Wechsel von Dänisch zu Niederdeutsch (und später zu Hochdeutsch) erfolgt. Wortschatz und Satzbau der regionalen Umgangssprache weisen deutliche dänische Spuren auf. Zahlreiche Personennamen, Orts- und Flurbezeichnungen sind dänischen Ursprungs. Dies alles trägt dazu bei, Dänisch als Fremdsprache weniger »fremd« erscheinen zu

lassen. Etwa 40% des dänischen Wortschatzes bestehen aus niederdeutschen Entlehnungen. Dieser Wortschatz wurde zur Zeit des ausgehenden Mittelalters (Hanse-Zeit) übernommen, als Niederdeutsch die *lingua franca* des Ostseeraums war. Neben den in den meisten europäischen Sprachen üblichen Übernahmen aus dem Lateinischen, Französischen und heute Englischen ist der abstrakte Wortschatz des Dänischen von jüngeren deutschen Entlehnungen des 18. und 19. Jahrhunderts geprägt: *bearbejde* – *bearbeiten*; *fortsætte* – *fortsetzen*, usw. Für den deutschen Sprachlehrer, der über einen differenzierten Wortschatz an Fremdwörtern verfügt, ist der lexikalische Bereich der dänischen Sprache leicht zugänglich, wenn auch gelegentlich im Dänischen - trotz deutscher Entlehnung - abweichende Fortentwicklungen anzutreffen sind: *foranstaltning* – *Maßnahme* (und nicht: *Veranstaltung*); *ordning* – *Regelung* (und nicht: *Ordnung*), usw.

Die dänische Sprache weist eine formenarme Grammatik auf. Dies gilt sowohl für Konjugationen als auch Deklinationen. Die Satzbaumuster sind einfach und schnell erlernbar. Diese »Primitivität« wird allerdings durch eine differenzierte und für den Ausländer kaum beherrschbare Idiomatik aufgewogen, die sich der genannten einfachen grammatikalischen Regelmäßigkeit entzieht und diese gerade dadurch ergänzt. Daraus folgt, daß Lernfortschritte etwa zur Bewältigung von Alltagssituationen (Camping, Einkaufen usw.) sehr schnell zu erzielen sind (wobei auf diesen Gebieten jedoch die auf Touristen eingestellten Dänen meist besser Deutsch können als die deutschen Touristen Dänisch); beim Übergang zu einer differenzierten Kommunikation (Abstrakta, Werten und Urteilen, Diskutieren) verlangsamt sich das Lerntempo aufgrund der schwierigen Idiomatik.

Dem Entschluß, eine Fremdsprache zu erlernen, liegen gewisse emotionale Prädispositionen zugrunde, die Erwägungen der Zweckmäßigkeit unterstützen oder behindern können. Aufgrund seines komplizierten Lautsystems gilt Dänisch bei vielen Deutschen als »häßliche« Sprache – ein Vorurteil, das mit fortschreitender Sprachbeherrschung gegenstandslos wird. Auf eine im allgemeinen positive Prädisposition trifft man dagegen bei Dänisch-Lerngruppen, was die landeskundlichen Aspekte Dänemarks betrifft: Dänemark erscheint als das vermeintlich ideale Land sozialer Gerechtigkeit, sozialer Experimente und alternativer Lebensformen.

4. Lehrpläne, Lehrwerke, Abschlüsse und Zertifikate

Seit 1986 liegen in Schleswig-Holstein die jetzt gültigen Übersichten zu den Lehrplänen für die drei Schularten vor. Für die Hauptschule sind Dänisch- Kurse entweder für die Klassenstufen 5-9, 7-9, oder 8 und 9 (jeweils statt Englisch) dort vorgesehen, wo ein entsprechendes Eltern- und Schülerinteresse sowie eine ausreichende Anzahl von Fachlehrern vorhanden ist. Inhaltlich dominiert der konkrete Wortschatz zur Bewältigung von Alltagssituationen. Ein überwiegend

einsprachiger Unterricht soll sich an »lebensnahen Situationen« orientieren. Hörverstehen, Leseverstehen und mündlicher Ausdruck rangieren vor sprachlicher Richtigkeit im schriftlichen Ausdruck. Entsprechend wird die dienende, am Mündlichen (und nicht an der Systematik) orientierte Rolle der Grammatik betont. In den Klassenstufen 7-9 sind verstärkt landeskundliche Themen (unter Einsatz moderner Medien) vorgesehen.

Der Dänischunterricht an der Realschule gliedert sich in einen zweijährigen Grundkurs (Wahlfach Kl. 7 und 8) und in einen zweijährigen Aufbaukurs (Wahlpflichtfach in Kl. 9 und 10), jeweils alternativ zu Französisch. Das Mündliche soll laut Lehrplan ebenfalls im Vordergrund stehen, allerdings wird systematischer vorgegangen als in der Hauptschule, zumal grammatische Grundbegriffe und Satzanalysemuster vom Erwerb der ersten Fremdsprache her (Englisch) vorausgesetzt werden können. Der Grundkurs orientiert sich am Konkrete-Alltäglichen, ergänzt durch einfache Ganzschriften, Lieder und Gedichte, während der Aufbaukurs der Abschlußklassen bereits differenzierte landeskundliche und literarische Schwerpunkte setzt. So sollen Themen zum dänischen Schulwesen, Staatsaufbau, zu Wirtschaft und Politik, zur Geschichte, Kunst und Kultur behandelt werden. In verstärktem Maße sind Originalquellen (Zeitungen, Fernsehsendungen usw.) heranzuziehen.

Die Vorgaben des Lehrplans für den Dänischunterricht an Gymnasien sind ähnlich wie die für Realschulen. Allerdings wird nun von einer schnelleren Progression, größerer Systematik und stärkerer Betonung des Schriftlichen ausgegangen. Der Unterricht in den Klassen 9 und 10 (als dritte Fremdsprache) erfüllt die Funktion eines Einführungslehrgangs, während die Grund- und Leistungskurse der Oberstufe bis zum Abitur die Landeskunde und Literatur, die mündliche und schriftliche Diskussion und damit auch stärker den abstrakten Wortschatz in den Vordergrund stellen.

Für die Haupt- und Realschulen hat 1978 ein Kreis von Fachlehrern das Lehrwerk *Dansk* (I und II; neueste Auflagen 1983 bzw. 1985) mit entsprechendem Begleit- und Übungsmaterial erstellt. Aufgrund der geringen Auflagenhöhe sind Verlage hierfür nicht zu gewinnen, so daß das Lehrwerk in der Regie des Kultusministeriums in Kiel erscheint. Danach finden an den Realschulen Originalmaterialien aus Dänemark Verwendung: zunächst »easy-reader« – Ausgaben, wie sie in Dänemark für Sprachretardierte und Gastarbeiter erstellt werden. Später geht man zu unbearbeiteten Originaltexten über.

An den Gymnasien bedient man sich fast ausschließlich solcher Lehrwerke, wie sie in Dänemark für Dänisch als Fremdsprache von den Verlagen angeboten werden. Zu nennen sind besonders *Lær dansk, Huset i Møllemege* und *Danske tekster for udlændinge*. Diese für die Erwachsenenbildung (VHS-Abendkurse für Ausländer in Dänemark) konzipierten Lehrwerke gehen allerdings von einer ganz

anderen Zielgruppe als Gymnasiasten mit Ausgangssprache Deutsch aus, so daß inhaltliche und methodische Ergänzungen erforderlich sind. Es erfolgt dann ein rascher Übergang zu nichtbearbeiteten Originalmaterialien aus Dänemark. Die Angaben für den Dänischunterricht an Gymnasien gelten auch für Sprachkurse an den Universitäten.

Die VHS-Sprachkurse (10-14 Doppelstunden Aug.–Dez.; 10-14 Doppelstunden Jan.–Mai) benutzen für den Anfangsunterricht fast ausschließlich das Lehrwerk *Lær dansk* aus Dänemark. Die Konversations- und Fortgeschrittenen- Kurse stützen sich auf diverse Originalmaterialien. Da es geeignete Lehrwerke für Sprachlerner mit Deutsch als Ausgangssprache nicht gibt, hat eine Dozentenarbeitsgruppe der VHS Schleswig-Holstein in Kiel ein eigenes Lehrwerk erarbeitet. Für Aufbaukurse neu herausgekommen sind eine Kompaktgrammatik von Hans Fix (1986) und Gespräche von Else Kjær (1987).

Seit 1981 existiert der vom VHS-Landesverband Schleswig-Holstein erarbeitete »Grundbaustein Dänisch« zum geplanten VHS-Zertifikat, wird aber in der Praxis kaum angewendet. Entsprechend dem VHS-Lernkonzept »Kontaktschwelle Deutsch« veröffentlichte Jörn Jessen 1983 in der Regie des Europarates Straßburg sein Modell für den Anfangsunterricht, und für die Lehramtsstudiengänge Dänisch (Flensburg, Kiel) liegen seit 1977 bzw. 1978 Studienordnungen für das Lehramt an Haupt- und Realschulen sowie an Gymnasien vor.

(Autorenkollektiv) (1985) *Dansk 1 und 2*, 2. Aufl. Kiel.

Biørn, Merete/Hesseldahl, Hanne (1984), *Huset i Mellemgade*, 18. Aufl., Kopenhagen.

Bodenstein, Eckhard (1979), »Dänisch als Fremdsprache im Land Schleswig-Holstein«, in: *Die Neueren Sprachen*, 78,170-181.

Drucksache 10/851 des Kieler Landtags vom 14.2.1985 zum Dänischunterricht an den deutschen Schulen des Landes.

Drucksache 10/1186 des Kieler Landtags vom 2.10.1985 zum Dänischunterricht an Hauptschulen.

Fix, Hans (1986), *Kompaktgrammatik Dänisch*, Stuttgart.

Frederiksen, Leif (1980) *Danske tekster for udlændinge*, Kopenhagen.

Hildeman, Nils/Hedbäck, Ann-Mari (1987), *Lær dansk*, 13. Aufl., Kopenhagen.

Jessen, Jörn (1983), *Et tærskelniveau for dansk. Rådet for kulturelt samarbejde* Europarat Strasbourg.

Kjær, Else (1987), *Samtaler på dansk – Dänische Gespräche für den Alltag*, Stuttgart.

Übersichten zu den Lehrplänen Hauptschule, Realschule, Gymnasium (1986),
Hrsg. vom Kultusministerium Kiel.

Die Zukunft der Minderheiten

»Wen man totspricht, der lebt lange«, sagt ein altes Sprichwort. Das gilt auch für die nationalen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum. Schon der bekannte Leiter der dänischgesinnten Nordschleswiger, Hans Peter Hanssen, meinte seinerzeit, mit der neuen Grenze am Scheidebach werde es nur einige Generationen dauern, bis beide Minderheiten in der Mehrheitsbevölkerung assimiliert sein würden.

So leicht ging es nicht. Wenn man auch vielleicht nicht gerade von einer blühenden deutschen Minderheit in Nordschleswig sprechen kann, so besteht sie doch immerhin schon fast 70 Jahre nach Nordschleswigs Wiedervereinigung mit Dänemark. Südlich der Grenze bestand vielleicht vor 1945 eine große Gefahr, daß das bis dahin kleine dänische Volkstum verschwinden würde. Auch das trat nicht ein. Im Gegenteil: Es ging ganz anders.

Mit Befriedigung kann man es deshalb begrüßen, daß es auch in Zukunft auf beiden Seiten der Grenze lebenskräftige und aktive Minderheiten geben wird. Beide Minderheiten leisten ihren Beitrag dazu, die nationale Balance im ganzen Grenzgebiet aufrechtzuerhalten. Glücklicherweise wird auch der Wert und die Bedeutung der Minderheiten beiderseits der Grenzen gewürdigt; und die früheren nationalen Gegensätze haben sich von einem Gegeneinander zu einem Miteinander entwickelt.

Wenn auch die Minderheiten sich vieler Begünstigungen seitens der Herbergsländer erfreuen können, wenn auch ab und zu auf beiden Seiten der Grenze Reminiszenzen an die Vergangenheit immer noch auftauchen können, stellt sich doch auch die Frage: Führt diese Harmonisierung nicht mit der Zeit zu einer Art Gleichgültigkeit, und erkennen hauptsächlich die jüngeren Mitglieder der Minderheiten ihren eigenen Wert, und sehen sie es auch weiterhin als eine Aufgabe und damit als eine Bereicherung, sich als Minderheit zu bekennen? Führen zum Beispiel die vielen Mischehen nicht zu einer veränderten Ansicht, daß es sich vielleicht gar nicht mehr lohnt, noch weitere Generationen hindurch sich von der Mehrheitsbevölkerung auszuschalten oder wenigstens zu isolieren?

Die wirtschaftlichen Verhältnisse stellen dieselben Forderungen an den einzelnen, ob deutsch oder dänisch. Die viel besprochene Erwartung eines bald offenen Europas ohne Grenzen, übt ihren verständlichen Einfluß aus. Wie lange soll man noch an der nationalen Identität festhalten? Gehört diese Identität nicht bald der Vergangenheit an?

Hier ist es schließlich die große Frage, ob die Nationalitäten in Europa und auch im deutsch-dänischen Grenzraum trotz allem nicht auch weiter bestehen werden.

Europa kann sich nicht, wie es ja nie der Fall war, von einem bunten Mosaik der Völker zu einer großen unbestimmbaren europäischen Masse umwandeln. Vieles deutet im Gegenteil darauf hin, daß sich die einzelnen Völker sogar deutlicher behaupten werden.

Seit dem Zweiten Weltkrieg haben wir ja schließlich eine ganz neue Entwicklung erlebt. Alte Feindnationen sind sich nähergerückt. Gleichzeitig sieht man, wie alte, oft längst vergessene Volksstämme zu einer neuen Besinnung ihres Ursprunges kommen und sich um die Behauptung ihrer Sprache, Kultur und volklichen Traditionen bemühen.

Wir sehen es in Frankreich, im Verhältnis zwischen England, Schottland und Wales, in dem scheinbar unlösbaren Sprachenstreit zwischen Flamen und Wallonen in Belgien, und wir haben es letzstens im Balkan und in der sonst so aufgeschlossenen Sowjetunion gesehen, wo oft vergessene Volksgruppen für ihre Rechte bis zur vollen Autonomie kämpfen. In der DDR überlebten die Lausitzsorbien, und die Bundesrepublik hat ihre Bayern. Ja, selbst die Friesen erkennen ihren Wert als Volk und fordern, als solches anerkannt zu werden. In Schleswig sehen wir es in der vielfach verbesserten Zusammenarbeit dänisch und deutsch gesinnter Friesen und dem von beiden Seiten angestrebten und nun auch vom Lande Schleswig-Holstein unterstützten Wunsch, die friesische Sprache und Kultur zu fördern.

Die Gefahr, daß ein zukünftiges Europa nur eine graue Masse wird, scheint nicht unmittelbar zu drohen. Auch in dem kommenden Europa werden trotz Binnenmarkt und offener Grenzen die einzelnen Völker weiter bestehen, und für ihre Selbständigkeit Respekt fordern. Deshalb werden auch die nationalen Minderheiten weiter bestehen, wenn man überall lernt, die Minderheiten nicht als Gegner, sondern als Partner zu sehen.

Nicht alle Minderheiten leben unter den Umständen des von vielen Seiten hochgepriesenen deutsch-dänischen Modellfalls. Denken wir an die Südtiroler, die Basken, um nur einige Beispiele zu nennen, dann muß sich an manchen Grenzen noch vieles ändern. Minderheitenfragen und Konflikte gibt es überall, nicht nur in Europa, sondern auch in Asien, in Afrika, wo Lösungen dieser Konflikte vorläufig überhaupt nicht in Sicht sind.

In der Europaentwicklung ist man ja schließlich auch noch unterwegs. Man ist lange nicht am Ende, bloß gibt es hier kein Zurück. So oder so wird sich der Weg, den man einmal betreten hat, erweitern, vielleicht auch viel weiter, als die Väter der Europabewegung sich seinerzeit gedacht haben; denken wir an die Andeutungen des sowjetischen Präsidenten von einem europäischen Haus, das Ost und West mit der Zeit zu einem besseren Zusammenleben führen soll. Bei diesen Erwartungen werden auch die nationalen Minderheiten eine sehr wichtige Aufgabe wahrzunehmen haben, und zwar als eine Art Kitt zwischen benachbarten

Völkern. Deshalb ist es auch von größter Bedeutung, daß den nationalen Minderheiten die notwendige Freiheit gegeben wird, sich ihre eigenen volklichen Traditionen bewußt zu machen und nach ihren eigenen Bedürfnissen zu leben.

In Schleswig-Holstein änderte sich das Verhältnis zu der dänischen Minderheit unter Uwe Barschel, und diese Neubesinnung wird unter Björn Engholm weitergeführt. In Nordschleswig sind jetzt auch die letzten Hindernisse im Verhältnis zwischen deutsch und dänisch aus dem Wege geräumt. Auf beiden Seiten der Grenze können die Minderheiten sich in voller Freiheit entfalten.

Auf beiden Seiten ist es deshalb auch von größter Bedeutung, die Mitarbeit der Minderheiten in Anspruch zu nehmen. Richtig verstanden, können die Minderheiten das beste Bindeglied in der notwendigen Zusammenarbeit grenzüberschreitender Art bilden. Aber auch im Verhältnis zwischen Schleswig-Holstein und Skandinavien können die Minderheiten eine Brückenfunktion ausüben. Öffnen sich die Grenzen noch weiter, wird das naturgemäß zu einer Erweiterung des eigenen Volkes führen. Das hat nichts mit Grenzverschiebung zu tun, aber es steht in Übereinstimmung mit den Worten Grundtvigs, daß alle, die zu einem Volk gehören, die sich diesem Volk gegenüber verpflichtet fühlen. Deshalb ist die Bewahrung der inneren Kraft und des Selbstbewußtseins der Minderheiten auch in der Zukunft von großer Bedeutung. Eine schwache Minderheit führt leicht zu einer volklich schwachen Grenze, welches für beide Nachbarländer zum Nachteil werden kann.

Deshalb ist die Betreuung der Minderheiten weiterhin eine wichtige Aufgabe. Sie würde aber leicht zu kurz kommen, wenn die Minderheiten sich nicht selbst ihrer Aufgabe bewußt sind, nicht nur für sich, sondern auch in ihrer Region als Mitarbeiter auf dem politischen, wirtschaftlichen und schließlich, in eigenem Interesse, auf dem kulturellen Gebiet. Im deutsch-dänischen Grenzraum können die Minderheiten diese Möglichkeiten voll ausnützen. An anderen Grenzen ist es noch schwer. Der Modellfall Schleswig kann vielleicht mit der Zeit auch für sie ein Modell werden.

Denn ein Europa ohne Minderheiten ist undenkbar.

Auf dem Weg zur »Demokratisierung der Archive«

»Ich habe gerne den Weg durch den Kies mit den Stöckelschuhen gewagt«, ließ die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Eva Rühmkorf, wissen. Denn das Landesarchiv, dessen neues Domizil im »Prinzenpalais« seit gestern offiziellen Segen hat, liegt ihr am Herzen. Was Archivleiter Dr. Reimer Witt und seine Mannschaft schon immer anstrebten – jetzt ist es Wirklichkeit und wird von der Landesregierung zur Doktrin erhoben: mehr Öffentlichkeit als je zuvor durch Ausstellungen, Seminare und Vortragsveranstaltungen. Die »Demokratisierung der Archive« soll, das kündigte die Ministerin gestern in Schleswig an, noch in dieser Legislaturperiode Gesetz werden.

Bereits die alte Landesregierung hatte 1979 das Gebäude gekauft und in jahrelanger Bautätigkeit in Abstimmung mit dem Landeskonservator sorgfältig restaurieren lassen. Nach insgesamt acht Jahren ist das Werk nun vollendet – die Wiederkehr des »Prinzenpalais«, das einst einem Mann gehörte, der einen ähnlich langen Titel hatte wie Eva Rühmkorf: Friedrich Prinz zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg-Noer, Oberbefehlshaber der schleswig-holsteinischen Armee in der Erhebungszeit (1848). 16 Jahre später entschied hier das dänische Oberkommando zu Beginn des deutsch-dänischen Krieges, das Danewerk kampflös zu räumen.

Nach der Eröffnungsfeier gestern mittag, an der u.a. auch Bürgermeister Bartheidei, Kreispräsident Franzen, Landrat Kamischke sowie die Museumsdirektoren Prof. Dr. Spielmann und Prof. Dr. Schietzel teilnahmen, begrüßte Archivleiter Dr. Reimer Witt besonders die Ministerin. Er dankte der Landesregierung, daß man »bei aller Sparsamkeit immer Verständnis für die Anforderungen des Landesarchivs als Gedächtnis des Landes gefunden« habe. Das »Prinzenpalais« präsentiere sich nun »als sichtbares Zeichen einer Leistung vieler, die zusammenarbeiteten, um aus dem häßlichen Entlein einen schönen Schwan zu machen«. Es gehe aber nicht um »eitle Pracht«, sondern um den »Anfang einer neuen archivischen Qualität«.

Dr. Witt dankte u. a. auch Bürgermeister Bartheidei für seine unermüdliche Unterstützung. Er habe in der Erneuerung des »Prinzenpalais« einen Impuls für den Friedrichsberg gesehen. Außerdem erwähnte der Archivleiter den Hauptschüler Sascha Röseler, der in der Modellbau-AG der Bugenhagenschule ein Modell des Gesamtkomplexes des Landesarchivs im Maßstab 1:1000 hergestellt hatte, das jetzt in der Vorhalle zu sehen ist.

Dr. Witt gab abschließend seiner Hoffnung Ausdruck, »daß die räumlichen,

technischen und konzeptionellen Voraussetzungen auch personell abgesichert werden«. »Mit dem heutigen Tag beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Schleswig- Holsteinischen Landesarchivs«, sagte Ministerin Rühmkorf in ihrer Ansprache. Gleichzeitig setze die Landesregierung mit der Übergabe des Hauses »einen weiteren kulturellen Schwerpunkt hier in der Schleistadt«.

Eva Rühmkorf beschrieb die Aufgabenfelder eines Archivs – Archivgut zu übernehmen, zu inventarisieren und zu bewahren, sowie die Nutzung durch Verwaltung, Wissenschaft, Heimatforschung und Einzelpersonen sicherzustellen. Neu sei der Aspekt »aktive Öffentlichkeitsarbeit«. Die Ministerin: »Das muß wohl noch entwickelt werden – schließlich soll das Archivgut nicht vor der Öffentlichkeit bewahrt, sondern für sie verwahrt werden.«

Zum geplanten Archivgesetz sagte sie: »Funktionsfähige Archive sind mehr als nur das Gedächtnis der Verwaltung und der Gerichte. Sie spielen u. a. für die Arbeit der Geschichtswerkstätten und einzelner engagierter Historikerinnen und Historiker eine unverzichtbare Rolle. Damit Archive mit Archivgut gerade aus der jüngsten Vergangenheit zu Informationszentren werden können, bedarf es einer gesetzlichen Grundlage.«

Zur Zeit werde von ihrem Ministerium ein Bericht erarbeitet, in dem der Entwicklungsstand des regionalen und staatlichen Archivwesens untersucht wird. Dabei spiele auch der Datenschutz eine Rolle. Aber: »Datenschutz darf nicht zum Vorwand werden, unangenehme Informationen verschlossen zu halten – besonders angesichts der Parolen der neuen Rechtsextremisten.« Vor einem Rundgang durch das Haus und die erste Ausstellung »Landschaft und Siedlung im Wandel«, die von Susanna Misgajski erläutert wurde, überreichte die Ministerin dem Archivleiter den Schlüssel des Hauses – nicht nur als Türöffner für die Mitarbeiter, sondern vor allem als Symbol für die Aufgeschlossenheit gegenüber der Öffentlichkeit.

Schleswiger Nachrichten, 11.7.1989

Für Friesisch im Radio

Bredstedt – Das Nordfriisk Instituut in Bredstedt hat die Unabhängige Landesanstalt für das Rundfunkwesen (ULR) auf gefordert, bei der Vergabe einer weiteren Hörfunklizenz die Interessen der nordfriesischen Sprachminderheit angemessen zu berücksichtigen. Noch vor Ablauf der Antragsfrist habe das Institut die ULR gebeten, dem künftigen Programmbieter einen ausreichenden Programmanteil in friesischer Sprache zur Auflage zu machen, wurde jetzt mitgeteilt.

*Pressediens des Nordfriisk Instituut,
25.8.1989*

200 Jahre Reußenkoog

Festschrift zum Eindeichungsjubiläum erschienen

Bredstedt – Im Sommer 1789 ließ Heinrich 43. Graf Reuß den Deich vor dem nach ihm benannten Koog in der Bredstedter Bucht schließen. Nach zweihundert Jahren beging nun der Sielverband Reußenkoog dieses Ereignis mit einem Zeltfest und der Herausgabe einer Festschrift:

200 Jahre Reußenkoog 1789-1989. ISBN 3-88007-154-3. 77 Seiten. Broschiert. Ladenpreis DM 14,80.

Erschienen ist die Schrift im Verlag des Nordfriisk Instituut in Bredstedt, das auch die Federführung bei der Erstellung und Redaktion der Texte hatte.

Im ersten Teil wird die Geschichte des Kooges im Überblick geschildert. Die Eindeichung war eine Etappe des »Bredstedter Werkes«, das sich über mehr als drei Jahrhunderte erstreckte und auf die Landgewinnung in der Bredstedter Bucht gerichtet war. Graf Reuß, der Bauherr, erbt das Recht zur Bedeichung indirekt von J. H. Desmercieres, der dies seinerseits im Jahre 1733 vom dänischen König erworben hatte. Die Interessen und Maßnahmen des thüringischen Adligen sind ebenso Gegenstand der Darstellung wie die Eindeichungsarbeiten, der Verkauf des Landes und die Regelungen, die Bewohner und Landeigner des Reußenkooges zur Bewältigung ihrer Probleme trafen.

Der Reußenkoog wies in den ersten 150 Jahren seiner Existenz lediglich drei Ansiedlungen auf, deren Besitzerfolge in der Festschrift zu finden sind, ebenso wie Bilder und erzählende Texte. Besonders hervorzuheben ist ein Text über das Schicksal eines der Höfe, dessen – inzwischen abgebrochene – Gebäude von Langenhorn in den Koog versetzt worden waren. Den sieben Siedlerstellen, die in den späten 30er Jahren im Koog errichtet wurden, ist ein weiterer Abschnitt gewidmet. Abschließend werden einige Dokumente aus der Entstehungszeit des Reußenkooges abgedruckt.

Die Bedeichung der Bredstedter Bucht ist eines der farbigsten Kapitel nordfriesischer Geschichte. Mit der vorliegenden Veröffentlichung konnte das Nordfriisk Instituut, nach der Schrift *Der Cecilienkoog 1905-1980*, einen weiteren Beitrag zur Dokumentation dieses Kapitels in seinem Verlag erscheinen lassen.

Pressediens des Nordfriisk Instituut, 9.8.1989

Spurensuche in Schleswig US-Familienforscher in der Heimat ihrer deutschen Vorfahren

Vom 30. August bis 12. September 1989 werden erstmalig 32 US-Familienforscher Hamburg, Schleswig-Holstein und Süddänemark besuchen. Die

amerikanischen Gäste hoffen nicht nur, ihren Stammbaum zu ergänzen, sondern auch noch bislang unbekannte Verwandte zu entdecken.

In der zweijährigen Vorbereitungszeit erarbeitete das Institut für regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein e.V. im Rahmen des Forschungsprojektes: »Auswanderung von Schleswig-Holsteinern in die USA« ein Manuskript für ein zweisprachiges Handbuch zur praktischen Familienforschung in Norddeutschland, das jetzt seine Feuertaufe bestehen soll: Erkenntnisse, die während dieser ersten amerikanischen Kooperation auf dem Gebiet der Genealogie gewonnen werden, sollen noch vor der endgültigen Drucklegung berücksichtigt werden. Das Handbuch, das zum Jahresende vorliegen soll, wird gleichermaßen Amerikanern mit schleswig-holsteinischen Vorfahren wie auch norddeutschen Familien mit Amerikaauswanderern bei der Spurensuche hilfreiche Tips geben.

Auf amerikanischer Seite arbeitet das Institut mit der Präsidentin aller US-Familienforschungsvereinigungen, Frau Scharlott Goetsch aus Davenport, Iowa, und dem ehemaligen US-Vize-Konsul in Frankfurt, Merl Arp, der in Washington lebt, zusammen; übrigens haben Goetsch als auch Arp Vorfahren aus Schleswig-Holstein.

Die Familienforschung erlebt in den USA seit dem Roman »Roots« (Wurzeln) von Alex Hailey einen Boom. Frau Goetsch: »Für sieben Millionen Amerikaner ist die Stammbaumforschung Hobby Nr. 1 geworden«. »Das Interesse vieler Amerikaner, darüber hinaus die Geburtsorte der eigenen Vorfahren diesseits des Ozeans aufzusuchen und sich vor Ort ein Bild zu machen, wächst weiter an. Die Stippvisite der Amerikaner ist ein erster Gegenbesuch zu den Forschungsreisen, die das Institut »auf den Spuren der schleswig-holsteinischen Auswanderer in den USA« bereits durchgeführt hat. In der Zukunft sind weitere Gruppenreisen in beide Richtungen geplant.

*Institut für regionale Forschung
und Information, 29.8.1989*

Deutsche Soldaten unerwünscht

Kreis Schleswig-Flensburg – Bei der Gedenkfeier der dänischen Minderheit in Flensburg aus Anlaß des 139. Jahrestages der Schlacht bei Idstedt hat sich der Chefredakteur von »Flensburg Avis«, Paul Weede, gegen die Beteiligung deutscher Soldaten an den dänischen Feierlichkeiten ausgesprochen. Die Erinnerungen bei solchen Anlässen – so Weede laut »Nordschleswiger« von gestern – sollten nicht in deutsch-dänischen Verbrüderungen »ertrinken«. Er bezog sich damit auf die Diskussion zu Beginn dieses Jahres, als von deutscher Seite der Wunsch nach einer gemeinsamen Gedenkfeier bei Düppel geäußert

wurde. Weede: »Wir sehen in der Bevölkerungsmehrheit heute keinen Feind mehr, aber am Idstedt-Tag und bei anderen Gedenkfeiern gedenken wir nicht der militärischen Ereignisse, sondern derer, die ihr Leben für ihr Land gegeben haben. Diese Erinnerungen möchten wir für uns selbst behalten, ohne deutsche Teilnahme ...«

Schleswiger Nachrichten, 28. 7. 1989

»Freiheit muß erkämpft und verteidigt, Diktatur zurückgewiesen werden«

Wecken sprach zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns

Kreis Schleswig-Flensburg – »Freiheit und Diktatur sind keine Normalität. Die eine gilt es zu erkämpfen und zu verteidigen, die andere aber zurückzuweisen. Bis hierhin und noch viel weiter in die Zukunft reicht das Datum 1. September 1939.« Der frühere Leiter des Flensburger NDR-Studios, Rolf-Heinrich Wecken aus Glücksburg, richtet anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des Kriegsbeginns – neben einer zeitgeschichtlichen Bewertung – auch den Blick nach vorn. Er sprach am Sonnabend im Schleswiger Kreishaus in einer Gedenkstunde, zu der Kreispräsident Andreas Franzen eingeladen hatte.

In der Begrüßung hatte Franzen dazu aufgerufen, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und das dunkle Kapitel deutscher Geschichte nicht zu vergessen, »wenn nicht neues Unheil über uns kommen soll und über die Welt«. Nationaler Egoismus, Hochmut, Gleichgültigkeit, ja Verachtung gegenüber anderen, das seien die eigentlichen Ursachen für den Zweiten Weltkrieg gewesen. »Wir haben bitter dafür gezahlt, und wir haben auch gelernt, daß der Krieg nicht die letzte Möglichkeit ist, Probleme zu lösen und Ungerechtigkeiten wieder gutzumachen, sondern die Quelle viel größeren Übels und Nöte«, sagte der Kreispräsident weiter.

Wecken sprach, wie er ausdrücklich betonte, als ein Mitbürger und Zeitzeuge zu den etwa hundert Zuhörern – als einer, »der sich müht, vielleicht manchmal auch quält, Vermutungen und Fakten, Erfahrenes und Erlebtes, Denkbare und Undenkbare, erwiesene Lügen und verfügte Wahrheiten in eine Ordnung zu bringen«. Der 1. September 1939 sei eines der schlimmsten Daten der deutschen Geschichte. Zwischen dem Kriegsbeginn und der Kapitulation Hitler-Deutschlands am 8. Mai 1945 lägen fünfeinhalb Jahre Leid und Verwüstung, Völkermord und Luftterror, Barbarei und Betrug, Trauer, Hunger, ein Meer von Blut und Tränen, aber auch unendlich viel Tapferkeit und treue Kameradschaft, Verantwortungsbewußtsein und schlimme Mühsal, stupider Gehorsam und mutiger Ungehorsam, bewundernswerte Charakterfestigkeit und zerschmettertes Glück und – »am allerschlimmsten« – brutal vergewaltigte Menschenwürde und

die beschädigte Ehre eines ganzen Volkes.

Die Vorgeschichte des 1. September 1939 reiche viel weiter zurück als bis zum 30. Januar 1933, der Machtübernahme der Nazis. Ein historischer Abriss dazu würde – so Wecken weiter – den Rahmen dieser Gedenkstunde sprengen, doch mit dem Hinweis auf Versailles deutete er an, »wohin meine Gedanken zielen, wo ich den Nährboden und den Anfang der Feuerlunte suche«.

Im Gegensatz zum Beginn des Ersten Weltkrieges im August 1914 sei am 1. September 1939 kein Begeisterungstaumel durch die Nation gegangen. Aber erst nach dem Einmarsch in Rußland und Amerikas Kriegseintritt seien Unmut und Ablehnung aufgekommen, hätten sich Zweifel und Kritik formuliert, seien Ohnmacht, Verachtung und Widerstand gewachsen – »zu spät«.

Wecken rief dazu auf, Frieden, Freiheit und Recht als Auftrag der Geschichte zu empfinden, und appellierte an jeden einzelnen, sich ganz persönlich darum zu bemühen, diesen drei Maximen zu dienen, ihrem hohen Anspruch zu entsprechen und seinen ureigensten Beitrag dazu zu leisten. Friede sei eine Sache aller Menschen untereinander und beginne schon in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Verein und auf den Straßen. Dieser Friede sei genauso lebensnotwendig, aber auch genauso anfällig und gefährdet wie der Friede unter den Völkern. So bedürfte es auf allen Ebenen für den Frieden immer wieder beiderseitigen guten Willens »besonders unseres guten Willens allem voran!«

Er wandte sich nachhaltig gegen ein Aufrechnen von Untaten und Opfern, gegen »blinzelnde Beweisführung«, Verfälschung und Sprachlosigkeit. Für das Böse gelte es zu haften – in Demut und ohne Ausrede. Der geschundenen Menschheit könne nur Menschlichkeit helfen. »Ergreifen wir«, so schloß Rolf-Heinrich Wecken, »nach einem halben Jahrhundert die politische Chance, die sich in unseren Tagen zu bieten scheint. Klammern wir uns an den dünnen Strohalm der Hoffnung auf eine bessere Welt. Dies wäre das nachhaltigste und wirksamste Lernen aus unserem Teil der Schuld am 1. September 1939.«

Die Gedenkstunde im Bürgersaal des Kreishauses wurde musikalisch umrahmt von einem vierköpfigen Ensemble der Kreismusikschule.

Flensburger Tageblatt, 4.9.1989

Rolf Heinrich Wecken: »Hitler war ein hochbegabter Politiker«

Reden zum 50. Jahrestag des Kriegsbeginns stießen auf Kritik – Kein Wort der Versöhnung

Schleswig – Die am Sonnabendmorgen im »Bürgersaal« des Kreishauses vom Kreispräsidenten Andreas Franzen und dem ehemaligen Leiter des NDR-Studios Flensburg, Rolf Heinrich Wecken, gehaltenen Vorträge anlässlich des Kriegausbruchs vor 50 Jahren sind bei den Zuhörern zum Teil auf heftige Kritik

gestoßen.

Im Kreishaus anwesend waren bei dieser offiziellen Feierstunde, die musikalisch durch ein Quartett der Musikschule eingerahmt wurde, neben Vertretern der Kreistagsfraktionen des SSW, der SPD sowie der CDU – die beiden Abgeordneten der »Grünen« hatten bereits vorher ihren Boykott angekündigt – auch Persönlichkeiten aus Kultur und Verwaltung sowie Gäste aus Dänemark, Polen, der Volksrepublik China und Japan.

In seiner kurzen Eröffnungsrede erklärte der Kreispräsident zwar, daß sich die »hohen nationalen Ideale und Hoffnungen« der Zeit, in der seine Generation aufwuchs, als trügerisch erwiesen hätten. Gleich zweimal führte er jedoch kurz hintereinander aus, daß man auf Seiten der Deutschen »bitter« sowie »schwer« habe bezahlen müssen. Einzig wirklich auf den Anlaß zugeschnitten waren die letzten Sätze Franzens, in denen er aus dem Brief des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker an den polnischen Präsidenten Jaruzelski zitierte.

Ursache in Versailles?

Der als Hauptredner eingeladene Rolf Heinrich Wecken leitete seine Ausführungen mit einem »eindeutigen Ja zum Vaterland« ein. Trotz seiner Verurteilung der Machthaber der Nazi-Zeit versuchte der Kriegsteilnehmer und ehemalige Dresdner Wecken, der nach eigener Aussage selbst drei Brüder in den schrecklichen fünfzehn Jahren des Krieges verloren hat, deutsche Schuld gegen Aktionen der damaligen Kriegsgegner aufzurechnen.

Ein Schuldkonto auf Seiten der Siegermächte eröffnete Wecken, als er Stalin mit Hitler verglich und den nach Bombenangriffen der Deutschen auf zum Beispiel Polen und England von den Alliierten begonnenen Gegenschlag als einen »kaum zu beschreibenden Bombenterror« betitelte, der »deutsche Städte überzog«.

Geradezu makaber nimmt sich eine Passage aus Weckens Gedenkrede aus, in der er Hitler zwar als Massenmörder, jedoch auch als »hochbegabten Politiker« bezeichnete. Und gleich darauf stellte er fest, daß der Diktator »seinen Mordbetrieb auch ursprünglich nur« (Hervorhebung durch die Red.) für »die Juden und Russen ausersehen hatte«.

Verhaltener Applaus

Nach Abschluß des Vortrages, der nur mit verhaltenem Beifall belohnt wurde, erklärten einige der Anwesenden unumwunden ihren Unmut über nicht ausgesprochene Gesten der Versöhnung gegenüber den Opfern des Krieges. Der sozialdemokratische Kreisvorsitzende Ernst-Heinrich Hethy brachte den bei einem Teil des Publikums angekommenen Tenor besonders des Wecken-Vortrages auf den Punkt: »Dieses ewige Gejammere um den verlorenen Krieg...«

Flensburg Avis, 4.9.1989

»Polemik gegen Wecken und mich«

Stellungnahme des Kreispräsidenten zu einem Bericht in Flensburg Avis

FLENSBURG. Der Kreispräsident des Kreises Schleswig-Flensburg, Franzen, hat uns zu unserem Bericht über die Gedenkveranstaltung des Kreises anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsausbruchs eine Stellungnahme zugeschickt. Wir drucken im Wortlaut:

»Der Bericht in Flensburg Avis vom 4. September 1989 über die Gedenkveranstaltung zum Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren trägt die Überschrift: Rolf Heinrich Wecken: »Hitler war ein hochbegabter Politiker«.

Im nachfolgenden Text heißt es hierzu: »Geradezu makaber nimmt sich eine Passage aus Weckens Gedenkrede aus, in der er Hitler zwar als Massenmörder, jedoch auch als »hochbegabten Politiker« bezeichnete. Und gleich darauf stellte er fest, daß der Diktator seinen Mordtrieb (nicht Mordbetrieb, wie es fälschlich in dem Zeitungsartikel heißt) auch ursprünglich nur »für die Juden und Russen ausersehen hatte«.

Mit diesen Sätzen wird in diesem Bericht, der in seinem wesentlichen Teil aus Polemik gegen Rolf Heinrich Wecken und mich besteht, der Eindruck erweckt, Hitler sei von Wecken zum hochbegabten Politiker hochstilisiert worden. Unterschlagen wird von dem Verfasser des Artikels, daß Wecken hier Sebastian Haffner zitiert hat. Dieser Abschnitt seiner Rede lautete: »Danzig und der Korridor waren nach der Meinung von Sebastian Haffner für Hitler nur ein Vorwand. Zitat: »Das Interessante ist, daß er den Krieg gegen Polen, nachdem er ihn militärisch gewonnen hatte, keineswegs dazu benutzte, sein ursprüngliches Ziel zu verwirklichen, also den Polen das von ihnen verweigerte Bündnisverhältnis aufzunötigen, was politisch konsequent und nach Lage der Dinge wahrscheinlich kein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre, – sondern, daß er Polen jetzt zum Gegenstand einer sinnlosen, wütenden fünfjährigen Straf- und Racheorgie machte, in der sich sein Vernichtungstrieb unter Ausschaltung seiner politischen Vernunft zum ersten Mal austobte. In Hitler lebte eben neben dem hochbegabten Politiker, der er war, immer auch ein Massenmörder. Und wenn er in seinem Mordtrieb auch ursprünglich nur die Juden und Russen ausersehen hatte: »Wo sein Wille durchkreuzt wurde, gewann der Mordtrieb über das politische Kalkül die Oberhand. So am Anfang des Krieges in Polen, – und so am Ende des Krieges in Deutschland.« Soweit das Zitat. – Weiter heißt es in dem Artikel, Wecken versuchte, »deutsche Schuld gegen Aktionen der damaligen Kriegsgegner aufzurechnen«. Offenbar hat der Verfasser des Artikels überhört, daß Wecken hierzu wörtlich ausgeführt hat: »Damit mich niemand falsch versteht: Weder Aufrechnung noch blinzelnde Beweisführung sind gefragt, weder Verfälschung

noch Sprachlosigkeit. Und Pharisäertum ist viel schlimmer als Unkenntnis. Für das Böse gilt es zu haften. In Demut und ohne Ausrede. Der geschundenen Menschheit kann nur Menschlichkeit helfen.«

Zu der geäußerten Kritik »Kein Wort der Versöhnung«, möchte ich bemerken, daß mit dieser Gedenkveranstaltung vor allem das Bewußtsein dafür geschärft werden sollte, daß sich so etwas niemals wiederholen darf. Die Verurteilung des Krieges hat Wecken in einem Zitat von Voltaire formuliert: »Das größte moralische Übel ist zweifellos der Krieg. Er hat alle Verbrechen im Gefolge, verleumderische Erklärungen, verräterische Verträge, Raub, Verwüstung, Schmerz und Tod in jeder Form«.

Im Gegensatz zum Verfasser des Artikels, der offenbar nur mit Kritikern gesprochen hat, habe ich überwiegend Zustimmung erfahren.«

Flensburg Avis, 9.9.1989

1000 Sowjets bauten Lecks Flugplatz

Kreistag gedachte der Zwangsarbeiter in Nordfriesland

HUSUM. Über 3000 ausländische Zwangsarbeiter wurden während des 2. Weltkriegs in Nordfriesland bei militärischen Bauvorhaben eingesetzt. Im Ausländerlager Westerland waren rund 1200 Italiener untergebracht, die für den Befestigungsbau verwendet wurden. In Leck bauten 1000 Sowjet-Bürger den Flugplatz mit und im sogenannten Tausend-Mann-Lager in Husum wurden Angehörige verschiedener Nationalitäten unter anderem beim Bau von Flugplätzen und Gewerbeeinrichtungen eingesetzt. Hinzu kamen Zwangsarbeiter aus Polen in der Landwirtschaft sowie aus Belgien und Frankreich im Handwerk und im Gewerbe. Diese Zahlen nannte der Historiker Klaus Bästlein gestern nachmittag in seinem Vortrag auf einer Sondersitzung des Kreistages Nordfriesland.

Vor der Sondersitzung, die um 15.30 Uhr im Rittersaal des Schlosses begann, hatte jede Fraktion des Kreistages aus Anlaß des Anti-Kriegstages beim KZ-Mahnmal Schwesing einen Kranz niedergelegt. Nach der Eröffnung der Sitzung durch Kreispräsident Willy Zühlke hatte Prof. Peter Wulf aus Gettorf zum Thema »Nationale Verantwortung und internationale Entwicklung vor dem Ausbruch des 2. Weltkrieges« gesprochen.

Klaus Bästlein ging in seinen Ausführungen auf zwei Einzelschicksale im Kreis Nordfriesland ein: Auf den polnischen Zwangsarbeiter Jan Kasprzak, der erhängt wurde (wir berichteten), und auf Heinz Reinefarth, der später Bürgermeister von Westerland wurde. Er hat im August 1944 als Kampfgruppenkommandeur den Einsatz gegen den Aufstand der Warschauer Bevölkerung befehligt. Polizei, Wehrmacht und SS-Einheiten hatten den Aufstand blutig niedergeschlagen. Am

5. August 1944 wurden 38000 Menschen getötet. Reinefarth erhielt dafür als 608. Soldat das Eichenlaub zum Ritterkreuz.

Vom Spruchgericht Bergedorf wurde Reinefarth freigesprochen, vom Entnazifizierungsausschuß Flensburg im Dezember 1949 in die Kategorie »Entlasteter« eingestuft. Im November 1950 ließ Reinefarth sich in Westerland als Rechtsanwalt nieder und trat in den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) ein. 1951 wurde er zum Bürgermeister von Westerland gewählt. Diese Funktion hatte er bis zu seiner Abwahl im Jahr 1963 inne. Anklage wurde gegen Reinefarth, der Anfang der 80er Jahre starb, nie erhoben.

Bei seinen Ausführungen über die Bedeutung des 1. September 1939 hob Bästlein drei Aspekte hervor, die seiner Meinung nach in der Berichterstattung der Medien kaum Beachtung gefunden haben. Das sind der Beginn der Mordaktionen an Behinderten und Kranken im Jahr 1939, die unbeschränkten Vollmachten für Himmler sowie die ersten Einsatzgruppen in Polen, die seit dem Frühsommer 1939 vorbereitet wurden...

Flensburg Avis, 2.9.1989

Für ein friedliches Miteinander aller Völker

Auf dem Gelände der Ladelunder KZ-Gedenkstätte wurde der Grundstein für ein Ausstellungsgebäude gelegt

LADELUND. Aus Anlaß des 50. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen und des Beginns des Zweiten Weltkrieges wurde auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Ladelund der Grundstein für ein Ausstellungsgebäude gelegt. Es soll nach seiner Fertigstellung ab Mai 1990 die vorhandenen Dokumente über die einstige Außenstelle Ladelund des KZ Neuengamme beherbergen.

Diese waren unter Leitung von Jörn-Peter Leppien von Schülern der Flensburger Auguste-Viktoria-Schule zusammengetragen, grafisch und bildnerisch aufbereitet und 1984 der Kirchengemeinde St. Petri Ladelund übergeben worden. Das Dokumentationsmaterial fand seither als Wanderausstellung landesweit Beachtung.

Diese Dokumente jetzt in Sichtweite der KZ-Gräber unterzubringen, um sie in würdigem Rahmen den zahlreichen Besuchern der Gedenkstätte jederzeit zugänglich zu machen, ist ein rund 300000 Mark teures Gemeinschaftsprojekt der Nordelbischen Kirche, der Kirchengemeinde St. Petri Ladelund samt der dem Kirchspiel Ladelund angehörigen politischen Gemeinden Bramstedtlund, Ladelund und Westre, des Kreises Nordfriesland, des Landes Schleswig-Holstein und des Bundesinnenministeriums. Einen hohen finanziellen Beitrag leistet die Kulturstiftung des Landes Schleswig-Holstein mit 187000 Mark.

Der feierliche Akt der Grundsteinlegung begann in Anwesenheit zahlreicher Gäste

mit einem von Gemeindepastor Harald Richter, Ladelund, gestalteten Gedenkgottesdienst in der St.-Petri-Kirche. Er hob unter anderem hervor, das Fundament der seit langem erfolgten »Versöhnung über den Gräbern« sei der christliche Glaube. Für die musikalische Umrahmung der Feierstunde sorgten der Ladelunder Kirchenchor unter Leitung von Joachim Lindenberg (Neukirchen) und der Organist Gustav Berg (Medelby).

Unmittelbar nach dem Gottesdienst legte Klaas Friso aus Putten – der holländischen Gemeinde, aus der 107 der 298 auf dem Ladelunder Friedhof beerdigten KZ-Toten stammen – im Namen der »Stichting Oktober '44« am Kreuz über den KZ-Gräbern einen Kranz nieder. Weitere Kranzniederlegungen erfolgten im Namen aller ehemaligen KZ-Gefangenen durch Hans-Christian Rasmussen, Christiansfeld (Dänemark), im Namen des Landesverbandes Deutsche Kriegsgräberfürsorge durch Manfred Koch, Ladelund, und für die Kirchengemeinde St. Petri durch das Kirchenvorstandsmitglied Heinz Jacobsen. Die Gemeinde Wyk/Föhr ließ einen Blumenstrauß an der Gedenkstätte niederlegen. Von den Gräbern aus ging die Gruppe der Teilnehmer des Gedenkaktes zur Baustelle, auf der in den kommenden Monaten das Ausstellungsgebäude errichtet werden wird. Als Vorsitzender des Gedenkstättenausschusses der St.-Petri-Gemeinde sprach Manfred Koch allen Personen und Institutionen, deren engagiertem Einsatz oder finanziellen Zuwendungen es zu verdanken sei, den Bau des Ausstellungsgebäudes nunmehr realisieren zu können, Dank und Anerkennung aus. Dann zeigte er vor, was – in einem Metallbehältnis lagernd – in das Fundament des Dokumentenhauses eingearbeitet werden soll: der Bauplan des Gebäudes, ein Satz gültiger Münzen in DM- Währung, ein Exemplar unserer Zeitung vom 1. September 1989 und – als wichtigstes Zeitdokument – eine per Hand beschriftete Pergamentrolle, deren Text die mit dem Bau des Gebäudes verbundene Absicht der Erbauer zum Ausdruck bringt. Diese unterstreicht die Aussage der Präambel des Grundgesetzes: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Im Hinblick auf die rund 300 in Ladelund beerdigten KZ-Opfer aus dreizehn europäischen Nationen stellt das Schriftdokument fest: »Zu spät kam die Erkenntnis, durch aktive Unterstützung oder passives Gewährenlassen in einen menschenverachtenden Raubkrieg verstrickt worden zu sein. Die Mehrheit in unseren Dörfern war dazu verurteilt, erschrocken und machtlos mitzuerleben, was hier geschah... Da abzusehen ist, daß die Überlebenden und Zeitzegen bald nicht mehr unter uns sein werden, möchten wir durch Ausstellungen in diesem Gebäude Menschen aus nachwachsenden Generationen die Möglichkeit geben, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen«. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollten dazu beitragen, daß ein friedliches Miteinander der Völker in Freiheit und Gerechtigkeit gestaltet werden könne. »Dann hätte auch der Tod derer, die als

KZ-Opfer auf unserem Friedhof ruhen, und der aller Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft noch einen Sinn«.

Nach dem Einmauern dieser Botschaft in den Grundstein würdigte Hans-Christian Rasmussen das tragische Schicksal seiner einstigen Mitgefangenen. In der abschließenden Zusammenkunft im Ladelunder Pastorat ließ auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Herbert Grossmann, die Leiden der KZ-Gefangenen noch einmal lebendig werden, ehe Klaas Friso auf die Liebe Jesu als Basis der Versöhnung verwies.

Nordfriesland, Tageblatt, 4.9.1989

Sonderdruck »Der Tod des Jan Kasprzak«

Aus Anlaß des 50. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939 hat die Zeitschrift NORDFRIESLAND in ihrer jüngsten Ausgabe (Nr. 87) einen Beitrag über das Leben und Sterben eines polnischen Zwangsarbeiters veröffentlicht. Im Mittelpunkt steht das Schicksal Jan Kasprzaks, der 1940 nach Deutschland kam und am 10. Oktober 1944 in Oster-Ohrstedtholz nahe der heutigen Bundesstraße 201 öffentlich erhängt wurde. Das Verbrechen des Polen: Er hatte die abendliche Sperrstunde überschritten und sich als strenggläubiger Katholik geweigert, sonntägliche Strafarbeit zu verrichten.

Auf Grund des Übereifers eines Dorfpolizisten wurde Jan Kasprzak im August 1944 der Gestapo gemeldet, die seine öffentliche Erhängung verfügte. Der Niebüller Gestapo-Chef legte dem Polen am 10.10.1944 die Schlinge um den Hals, und zwei Häftlinge aus dem KZ Husum-Schwesing mußten am anderen Ende des Strickes ziehen. Sie waren jedoch zu schwach, so daß der KZ-Kommandant hinzusprang und mitzog. So wurde Jan Kasprzak auf grausame Weise zu Tode stranguliert. Anschließend mußten die polnischen Zwangsarbeiter aus der Umgebung zur »Abschreckung« an ihrem toten Landsmann vorbeiziehen. Klaus Bästlein hat das kurze Leben und den qualvollen Tod des 29jährigen Jan Kasprzak bis in Einzelheiten nachgezeichnet. Dabei wurde auch die Nachgeschichte nicht ausgespart. So hat das Flensburger Landgericht den Niebüller Gestapo-Chef wegen der Erhängung des Polen 1950 freigesprochen. Und der KZ-Kommandant kam ebenfalls ungeschoren davon. Auch die übrigen Täter wurden in der Bundesrepublik amnestiert oder außer Verfolgung gesetzt. Der Aufsatz unter dem Titel »Der Tod des Jan Kasprzak« ist ebenfalls als Sonderdruck erschienen. Er umfaßt 16 Seiten mit 4 Abbildungen und kostet 2,00 DM. Interessierte können den Sonderdruck beim Nordfriisk Instituut, Osterstraße 63, 2257 BRÄIST/BREDSTEDT, Telefon (0 46 71) 23 60 und 59 60, anfordern.

J.-P. L.